Hetzfilm gegen das sozialistische China Seite 4

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 35 vom 31. August 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

Gestapomethoden im Mannheimer Gefängnis

Zu Tode gefoltert!

Am 16. 12. 1973 wird Hans-Peter Vast in Heidelberg von der Polizei festgenommen, weil er betrunken am Steuer eines gestohlenen Autos sitzt. Am 21. 12. wird er in eine Einzelzelle des Mannheimer Landgefängnisses eingeliefert. Eine Woche später, am 28. 12., ist Vast tot.

Seinen Angehörigen wird mitgeteilt, er sei nachts in der Zelle umgefallen und dabei versehentlich mit dem Kopf auf das Bett gefallen. Die Staatsanwaltschaft stellt ihre Ermittlungen, die sie unter dem Druck der anderen Gefangenen aufgenommen hat, nach einem halben Jahr als „ergebnislos" ein. Noch Anfang August erklärt Staatsanwalt Müller auf einer Pressekonferenz: „Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß ein Mitgefangener der Täter gewesen ist."

Jetzt, Ende August, ließ sich der Mord nicht mehr weiter vertuschen. Sogar die bürgerliche Presse stellte fest, daß Gefängnisbeamte am gewaltsamen Tod des Gefangenen Vast beteiligt waren. Drei Gefängnisbeamte werden deshalb verhaftet, 5 weitere Beamte des Mannheimer Gefängnisses werden aus anderen Gründen verhaftet. Der Leiter und der stellvertretende Leiter der Anstalt werden versetzt.

Justizminister Bender von Baden-Württemberg preist diese Maßnahme als Ergebnis der „schonungslosen" Nachforschungen seines Ministeriums. In Wirklichkeit sah sich die bürgerliche Klassenjustiz zu diesen Maßnahmen gezwungen, weil die Enthüllungen über die Zustände im Mannheimer Gefängnis eine Welle der Empörung unter den Werktätigen ausgelöst und bei vielen das Vertrauen in die „Demokratie" dieses Staates tief erschüttert hat. Mit einigen verhafteten unteren Schergen hofft sie, die Folterungen an Gefangenen als „bedauerliche Einzelfälle" abtun und die eigentlich Verantwortlichen, das System der bürgerlichen Klassenjustiz, aus dem Blickfeld ziehen zu können.

Aber das Schicksal des Gefangenen Vast ist kein Einzelfall. Ein Mannheimer Gefangener schreibt: „Bereits im November 1973 wurde Bernhard Sch. vom gleichen Gefängniswärter in solch bestialischer Weise gefoltert, daß es heute nur wie ein Wunder ist, daß er überlebte. Er hat noch heute davon bleibende Verletzungen, wo man ihn mit Füssen an den Kopf trat. Ich habe diese Verletzungen selbst gesehen. Es ist als beabsichtigter Totschlag zu werten, wenn man einen Gefangenen überwältigt und ihn in einen Raum zu schleppen, wo man ihn auf den Boden wirft und dann, mit mindestens drei Wärtern, wie besessen mit den Stiefeln nach ihm tritt; auch wenn er zufällig überlebte."

Im Dezember stirbt dann der Gefangene Vast an den Folgen der Mißhandlungen durch die Beamten. „Schon im Januar", heißt es weiter in den Briefen, „erfolgte wieder eine grausame Folterung. Ein Mannheim-Heidelberger Taxifahrer, Uwe W., wurde mit den Händen auf dem Rücken in Handschellen so schwer gefoltert, daß er nur durch einen Zufall überlebte. Er trägt heute eine Gesichtsmaske und selbst der Justizfiskus hat ihm 10 000 DM Schmerzensgeld angeboten. Er befindet sich jetzt im Gefängnis in Freiburg."

Im Februar verlangten 168 Häftlinge die sofortige Bildung eines Landtagsausschusses, der sich mit den verheerenden Zuständen in den Strafanstalten Baden-Württembergs befassen soll. Es passiert nichts.

Dann im Juni kommt es zu einem wahren Massaker. Weil die Gefangenen dagegen protestieren, daß ihnen am Pfingstsonntag das Licht zu früh ausgeknipst wird, stürmen Rollkommandos ihre Zellen, schlagen Gefangene zusammen. Dem Amerikaner Hata wird dabei eine brennende Zigarette im Gesicht ausgedrückt, weil er vor Schmerz laut aufschreit. Andere Gefangene werden mit entsicherten Karabinern, einer mit der Pistole bedroht. Es wird Anzeige erstattet. Doch die Folterungen gehen weiter. „Am 15. 7. 1974 um 13.00 Uhr wurde wieder ein Gefangener hier schwer gefoltert. Hierbei wurde er lebensgefährlich verletzt. Schon am 18. 7. früh um 6 Uhr morgens sahen wir, wie er auf dem Totenkarren in die Krankenabteilung geschoben wurde. Er war völlig leblos. Und nach 6.30 Uhr wurde er vom DRK-Wagen in ein städtisches Krankenhaus überführt. Ein Mitgefangener, der ihn persönlich kannte, erfuhr von gemeinsamen Bekannten, daß er anderntags seinen Verletzungen erlag."

Die „Erklärung" der Anstaltsleitung: Selbstmord.

Aber im Mannheimer Gefängnis wird nicht nur auf diese offen brutale und blutige Art und Weise gefoltert. Im Mannheimer Gefängnis wie in Stuttgart-Stammheim, wie in Ludwigsburg, wie in Westberlin und allen anderen Gefängnissen, in denen politische Gegner der Bourgeoisie inhaftiert sind, wird auch durch Isolationshaft gefoltert.

25 Gefangene des Mannheimer Gefängnisses forderten Anfang August die sofortige Aufhebung der Isolationshaft gegenüber Ulrich Luther, dessen Isolation so weit getrieben wurde, daß er im Juli nicht einmal mehr das Essen bei der allgemeinen Essensausgabe erhielt, son-

Fortsetzung auf Seite 2

Radioaktives Emaillepulver

Unsere Kinder werden vergiftet!

Vor ein paar Tagen erschien in einer Fachzeitschrift für Labortechnik ein unscheinbarer Artikel, der eine Sache enthüllt, die für Tausende Menschen, vor allem Schulkinder, von lebenswichtiger Bedeutung ist. Ein Diplom-Physiker deckt darin auf, daß drei Farben des handelsüblichen Emaillepulvers vom Typ 74/75 – das an den meisten Schulen und sogar in verschiedenen Kindergärten, an Volkshochschulen sowie im Privatgebrauch zum Basteln von Emailleschmuck verwendet wird, radioaktiv verseucht ist. Dieses Emaillepulver hat einen Urananteil von 15 %, seine radioaktive Strahlung ist fünfmal höher als die zulässige Höchstgrenze. Das Pulver wird seit sechs Jahren in der Bundesrepublik verkauft – seit sechs Jahren hantieren unsere Kinder also mit hochgefährlichem radioaktiven Material! Die Folgen davon lassen sich gar nicht überblicken – sie treten teilweise sogar erst in der nächsten Generation sichtbar auf.

Die Reaktion der westdeutschen Gesundheitsbehörden zeigt klar, daß sie nichts anderes im Kopf haben, als diese Ungeheuerlichkeit zu vertuschen. Dies zeigt sich an ihren verschiedenen „Maßnahmen":

Ihre erste Maßnahme: Eine Warnung, die alle zwei Stunden über Rundfunk verbreitet wurde: Wer das Emaillepulver „Goldgelb", „Transparent" und „Antiemaille" besitzt, soll es in einer Plastiktüte verpacken, Kinder davon fernhalten, in den Keller bringen, sich die Hände waschen und die nächste Polizeidienststelle benachrichtigen Das Pulver ist radioaktiv! Diese Warnung ist ein Hohn! Eine Plastiktüte nützt soviel gegen radioaktive Strahlungen, wie die berühmte Aktentasche gegen die Atombombe!

Ihre zweite Maßnahme: Labors in verschiedenen Bundesländern untersuchen verschiedene Sorten Emaillepulver, um dann zynischerweise festzustellen, daß es so schlimm ja gar nicht sei – denn nicht alle Sorten des Pulvers sind radioaktiv.

Obwohl diese Tatsache von vorneherein klar war, versuchen sie das als neue Erkenntnis hinzustellen und so die berechtigte Empörung der Bevölkerung abzuwiegeln.

Ihre dritte Maßnahme: In den Zeitungen erscheint unter der Überschrift: „Bonn: Emaillepulver ist unbedenklich" eine Stellungnahme des Bundesgesundheitsamtes, in der die akute unmittelbare Gefährdung durch das Emaillepulver in unverfrorener Weise verharmlost wird. Zwar sollen die drei Sorten wegen „etwas überhöhtem Urangehalt" nicht mehr hergestellt und aus dem Handel gezogen werden – jedoch sei die Sache trotzdem unbedenklich.

Hier wird in unverschämter Weise ausgenutzt, daß ein Laie weder Radioaktivität feststellen kann, noch die genauen Auswirkungen kennt, anders als z. B. bei Contergan. Hier wird ganz bewußt versucht, die Werktätigen in die Irre zu führen! Die Damen und Herren

Fortsetzung auf Seite 2

1. September - Roter Antikriegstag

Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg. Für das deutsche Volk wurde dieser Tag zum Tag des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, zum ROTEN ANTIKRIEGSTAG. Unser Kampf gilt heute dem westdeutschen Imperialismus und den Hauptkriegstreibern und größten Feinden der Völker der Welt, den US-Imperialisten und den sowjetischen Sozialimperialisten, die als Besatzer auch in unserem Land sind. Unsere Parole heißt: KRIEG DEM IMPERIALISTISCHEN KRIEG! FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!



Zypern kämpft für seine Unabhängigkeit

US-BOTSCHAFTER ERSCHOSSEN

Am 19. August griffen 12 000 empörte Demonstranten die Botschaft der USA-Imperialisten in Nicosia an. Sie trotzten den zum Schutz der Botschaft herbeigeeilten UNO-Truppen, die angesichts der Übermacht der Massen wieder abzogen. Die berüchtigten „Ledernacken", die Elite-Killerkommandos der USA-Imperialisten, flüchteten sich in ihrer Angst vor den Volksmassen auf das Dach des Hauses. Von dort schossen sie wie wild mit Tränengas und mit scharfer Munition. Die Demonstranten eröffneten ihrerseits das Feuer und töteten bei dem anschließenden Gefecht den verhaßten Botschafter des USA-Imperialismus Davis.

Unter dem Ansturm der Massen fiel das Schutzgitter um das wie eine Festung abgeriegelte Gebäude, das US-Wappen wurde heruntergerissen und zerstört. Von den umliegenden Häusern schallten Parolen wie: **„Kissinger Mörder!"** und, als das Auto des Botschafters in Flammen aufging, **„Das geschieht Kissinger dem Mörder recht!"** Zur gleichen Zeit versammeln sich in Athen trotz Demonstrationsverbot Tausende von Menschen. Sie stürmten den Verfassungsplatz im Zentrum der Stadt und kämpften mutig gegen die Polizei, die Schlagstöcke und Wasserwerfer einsetzt. Die Massen lassen sich aber dadurch nicht einschüchtern. **Sie errichteten Barrikaden aus Kaffeestühlen und griffen die Polizei unter den Rufen: „Amerikaner raus!" mit Steinen an.** Auf der Insel Kreta, wo der riesige NATO-Stützpunkt schon lange den Zorn des Volkes erregt, versammeln sich ebenfalls Tausende und verbrennen eine Flagge der USA-Imperialisten. Im ganzen Land kommt es zu Anschlägen auf die Autos der US-Besatzer.

Der Aufschwung und die Militanz dieser Kämpfe sind die Antwort des Volkes in Griechenland und Zypern auf die Aggressivität und die Expansionspolitik der USA-Imperialisten, die sich während des Krieges um Zypern besonders deutlich zeigten. Die Volksmassen kämpfen gegen die verhaßte Fremdherrschaft, um ihre wirkliche Unabhängigkeit und Freiheit zu erreichen.

Diese Situation versucht die andere Supermacht, der sowjetische Sozialimperialismus, auszunutzen, um im trüben zu fischen. Demagogisch verkünden sie, die NATO habe Griechenland großes Unglück gebracht und bieten ihre „Freundschaft" als Hilfe und Unterstützung an. Die „Freundschaft" und „Hilfe" dieser Supermacht bedeuten aber nichts anderes, als den einen Militärstiefel mit dem anderen zu vertauschen. Gerade sechs Jahre ist es her, daß die sowjetischen Sozialimperialisten unter dem Deckmantel der „brüderlichen Hilfe" brutal die Tschechoslowakei überfallen haben. Ihr jetziger Vorschlag, eine internationale Konferenz über Zypern einzuberufen, ist darauf berechnet, dort ihren Einfluß geltend zu machen und über die „Verstärkung der UNO-Truppen" dort selbst Fuß zu fassen.

Der Vertreter der VR-China im Weltsicherheitsrat Huang Hua entlarvt am 1. August in seiner Rede vor diesem Gremium diese gemeinen Absichten. *„Den beiden Supermächten sind alle Mittel recht, um die eigene Einflußsphäre zu erweitern. Die Handlungsweise der einen Supermacht ist allen bekannt, während das Tun und Treiben der anderen Supermacht, der Sowjetunion, in den letzten Tagen hinsichtlich der Zypern-Frage ebenfalls sonnenklar ist. Es wird immer klarer, daß sie von Anfang an eine hinterhältige Absicht hat. Einmal versucht sie, Herrn X für sich zu gewinnen, um gegen Herrn Y zu kämpfen, und das nächste mal will sie Herrn Y herüberziehen, um Herrn X zu bestreiten. Sie schürt überall das Feuer und sät Zwietracht.* ***In die Welt posaunt sie Unterstützung für Zyperns Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität hinaus. Dies dient jedoch nur zur Schau. Ihr wahres Ziel aber liegt in der Rivalität mit der anderen Supermacht um die Kontrolle über den Raum im östlichen Mittelmeer."***

In einem Kommentar zur Rede Huang Huas schreibt die „Peking Rundschau":

„Die plumpen Verführungen der sowjetrevisionistischen Führungsclique im Fall Zypern offenbaren ihre dunklen Motive. Sie hat alle ihre schönen Worte heruntergespielt und schlechte Taten folgen lassen. Sie nutzt komplizierte Faktoren aus, um sich dort weiter geltend zu machen. Gegenwärtig bleibt die Lage in Zypern nach wie vor unruhig. Die zwei Supermächte sind aktiv dabei, darin zu intervenieren. ***Besonders wachsam muß man gegenüber dem sowjetischen Sozialimperialismus sein, der den Eigentümer beraubt, während dessen Haus brennt."***

Fortsetzung von Seite 1

dern in besonderen Thermosbehältern, außerhalb der Essenszeit, aus der Hand von Polizisten. Als Ulrich Luther noch im Gefängnis Rastatt war, hatte derselbe Justizminister Bender, der jetzt eilfertig versprach, „er werde auch diese Vorwürfe prüfen", zynisch festgestellt: Die Sicherheitsmaßnahmen seien derzeit „unerläßlich".

Die Eltern Ulrich Luthers hatten damals in einem Protestbrief festgestellt: *„Wir haben den Eindruck, daß er durch die Isolation politisch und menschlich hingerichtet werden soll. Wir protestieren aufs schärfste dagegen. Wir fordern, daß die unmenschliche Isolationsfolter an unserem Sohn und allen Gefangenen, die von der Justiz ähnlich behandelt werden, sofort aufgehoben wird."* Ulrich Luther wurde daraufhin in ein anderes Gefängnis verlegt. Die Isolationshaft blieb.

Wie Justizminister Bender jetzt die Vorwürfe über die Folter an Gefangenen im Gefängnis Mannheim und anderen Gefängnissen Baden-Württembergs „prüft", zeigte sich Mitte August. Um „reibungslosere" Ermittlungen zu ermöglichen, wurden die am schwersten gefolterten Gefangenen, unter ihnen Ulrich Luther, in Gefängnisse anderer Bundesländer verschleppt. Gleichzeitig überfielen Polizisten eines der Zentren des Frankfurter „Gefangenenrates", der mit verschiedenen Enthüllungen an die Öffentlichkeit getreten war und nahmen einen oder zwei seiner Mitglieder vorübergehend fest.

Terror gegen die Gefangenen und diejenigen, die sich mit ihnen solidarisieren, das ist die „Gerechtigkeitssuche" der bürgerlichen Klassenjustiz. Was das Ziel dieser Ermittlungen sein sollte, sagte Justizminister Benders Staatssekretär bereits vor Wochen: man brauche rasche Erfolge, denn mit jedem Tag wachse das „generelle Mißtrauen" in die Strafvollzugsanstalten... Dieses generelle Mißtrauen der Werktätigen gegen die Gefängnisse der Bourgeoisie und ihre Justiz ist allerdings in den letzten Wochen nicht geringer geworden.

Moskaus Spion Günther Guillaume

Westdeutsche Imperialisten vertuschen die Wahrheit

Seit Mitte August tagt in Bonn der Untersuchungsausschuß des Bundestages zur Aufklärung der Spionagetätigkeit des Agenten der sowjetischen Sozialimperialisten Günther Guillaume. Schon die ersten Sitzungen des Ausschusses nach der Urlaubspause haben gezeigt, daß die großen Ankündigungen aller Parteien, den Fall restlos aufzuklären, nur leere Worte waren. Die Tatsachen zeigen, daß über den wirklichen Umfang und die Hintergründe der Spionagetätigkeit Guillaumes möglichst wenig an die Öffentlichkeit dringen soll.

Sofort nach der ersten Sitzung des Ausschusses veröffentlichte die bürgerliche Presse Auszüge aus den geheimen Untersuchungsakten, nach denen Nollau (Präsident des Bundesverfassungsschutzes) und Genscher (damals noch Innenminister) schon Ende Mai gewußt haben sollen, daß Guillaume ein Spion ist. Trotzdem ist er als Kanzlerreferent vereidigt worden und wurde erst zehn Monate später verhaftet. Dieses Gerücht wurde von der Bundesregierung nicht dementiert.

Stattdessen schreibt der jetzige Innenminister Maihofer einen Brief an den Ausschuß, in dem er davor warnt, weitere Informationen an die Öffentlichkeit zu bringen. Wenig später tritt das Bundestagspräsidium zu einer gemeinsamen Sitzung mit den beiden Vorsitzenden des Ausschusses zusammen, in der beschlossen wurde, daß nur noch die beiden Vorsitzenden die Presse über den Fall Guillaume informieren dürfen. Die Mitglieder des Ausschusses wurden ermahnt, sich „zwingend an die Geheimhaltungsvorschriften zu halten".

Das alles zeigt klipp und klar, daß hier etwas vertuscht werden soll. Dies beweist auch die Tatsache, daß die CDU/CSU inzwischen darauf verzichtet hat, Politiker vor den Ausschuß zu laden. An dieser Vertuschungsaktion sind alle Parteien beteiligt, sie entspricht dem gemeinsamen Interesse der westdeutschen Imperialisten.

Warum haben sie denn die ganze Zeit versucht, zu vertuschen, daß Guillaume ein Spion Moskaus ist und präsentieren ihn stattdessen als Agenten der DDR? Warum soll jetzt möglichst überhaupt nichts mehr an die Öffentlichkeit dringen? Einerseits fürchten die westdeutschen Imperialisten, daß ihre schmutzige Wäsche ans Tageslicht kommt, ihre innere Verfaultheit, andererseits aber fürchten sie, daß der wirkliche Charakter ihrer Zusammenarbeit mit den sowjetischen Sozialimperialisten deutlich wird.

Günter Guillaume stand im Dienst einer imperialistischen aggressiven Supermacht, seine Spionagetätigkeit hatte keinen anderen Zweck, als das weitere Eindringen dieser Supermacht nach Westdeutschland vorzubereiten. **Die angebliche Friedenspolitik der westdeutschen Imperialisten entpuppt sich als eine Gefahr für das deutsche Volk. Die westdeutschen Imperialisten schachern mit den Sozialimperialisten, sie hoffen diese Zusammenarbeit für ihre revanchistischen Absichten gegenüber der DDR ausnutzen zu können.**

Schon im Mai schrieb der ROTE MORGEN: *„Und wenn es ihnen nicht in ihren imperialistischen Schacher mit den sowjetischen Sozialimperialisten paßt, wird es auch keine Bestrafung Guillaumes geben."* Während die politischen Gefangenen in westdeutschen Gefängnissen gefoltert werden, klagt Guillaume über zu gutes Essen, darüber, daß er zu fett wird. **Diese Behandlung Guillaumes zeigt, daß die westdeutschen Imperialisten bereit sind, für ihre eigenen imperialistischen Ziele, die aggressiven Absichten der Sozialimperialisten zu unterstützen. Diese Politik ist eine direkte Gefahr für das deutsche Volk und die Völker Europas.**

Unsere Kinder werden vergiftet

Fortsetzung von Seite 1

vom Bundesgesundheitsamt sind nicht so unwissend, wie sie sich geben. **Sie kennen ganz genau die Auswirkungen, die erhöhte Radioaktivität auf die Gesundheit des Menschen hat. Hiroshima war das bisher schrecklichste Beispiel dafür.**





Fast noch schrecklicher als die Opfer, die die Bombe forderte, waren die Opfer der radioaktiven Strahlungen.

Viele von uns erinnern sich noch an den Schock, der durch die Welt ging, als sich in Hiroshima herausstellte, daß die Bombe nicht nur eine kurze fürchterliche Katastrophe auslöste, sondern daß ihre Auswirkung noch viele Generationen andauert. Der Schock, als in Folge der radioaktiven Strahlungen im ganzen Land verkrüppelte Kinder zur Welt kamen.

Sicher, bei uns ist keine Bombe gefallen, es sind keine Menschen bei lebendigem Leib verbrannt. Aber die Dosis an Radioaktivität, die uns verabreicht wird — und das bestimmt nicht nur durch das Emaillepulver — wirkt langsamer, scheinbar unmerklich, aber nicht weniger grausam. „Unmerklich" nehmen die Krebserkrankungen von Jahr zu Jahr zu. Unbegreiflich nennen die Behörden die Zunahme von Geburten mißgebildeter Babies. Die Zunahme von Blut- und Darmkrankheiten ist den Herren angeblich ein Rätsel.

Aber des „Rätsels" Lösung ist unter anderem, daß radioaktive Strahlung die Zellteilung behindert. Davon sind besonders die Organe mit rascher Zellteilung betroffen: das Knochenmark — das Blut bildet; der Darmbereich und die Keimzellen. Kein Wunder also, daß die Behörden diese schlimmen Folgen auch im Fall Emaillepulver zu vertuschen versuchen. Es würde sonst allzu offensichtlich klar werden, daß in diesem System die Profitgier über Leichen geht: daß es der Bourgeoisie nicht auf die Tränen der Mütter mit mißgebildeten Babies, auf den Kummer der Familien, die einen aus ihrer Mitte durch Krebs verlieren, ankommt. Sondern, daß es nur darauf ankommt, noch genug halbwegs funktionierende Arbeitskräfte zu erhalten, die man ausbeuten kann.

Das verseuchte Emaillepulver ist kein Einzelfall, sondern ein Glied in der Kette. Wir wissen, daß die Contergan-Verantwortlichen weiter „Medikamente" herstellen. Kollegen, wenn ihr fragt, warum so etwas passieren kann, warum so etwas überhaupt hergestellt werden und verkauft werden darf, dann werden sie euch zur Antwort geben: Das ist eben der Preis, den ihr für die „Freiheit" bezahlen müßt. Denn in dieser „freien Marktwirtschaft" kann jeder produzieren und unkontrolliert auf den Markt bringen, was er will — und angeblich hat auch jeder die „freie" Wahl zu kaufen, was er will. In Wirklichkeit besteht die ganze „Freiheit" darin, daß die Kapitalisten die Freiheit haben, uns im Interesse ihres Maximalprofits zu vergiften und daß wir, die Werktätigen, die Freiheit haben, zwischen verschiedenen Giften zu wählen.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag Gernot Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 - 466, Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert) Tel 0231/41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Karin Wagner, Dortmund. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25 DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unserer obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

500 Blaupunkt-Arbeiterinnen entlassen

Krise verschärft sich

Bei der Eröffnung der Internationalen Lederwarenmesse in Offenbach warnte Wirtschaftsminister Friderichs davor, „sich von nervösen Propheten erschrecken zu lassen". Er behauptete, daß es in diesem Jahr keine 800 000 bis 1 Million Arbeitslose geben wird und sagte frech: „Nach wie vor ist die Grundströmung unserer wirtschaftlichen Entwicklung stabil." Zur gleichen Zeit erfahren die 1 700 Arbeiterinnen bei Blaupunkt in Herne, daß 500 ihrer Kolleginnen entlassen werden sollen.



1973: Küppersbusch-Arbeiter streikten kampfentschlossen für ihre Forderungen

Die Erklärungen Friderichs sind darauf berechnet, die Arbeiterklasse zu beruhigen und den Eindruck zu erwecken, die Kapitalistenklasse und ihre Regierung habe die Krise in der Hand. In Wirklichkeit ist es das kapitalistische System selbst, welches Not, Elend und Arbeitslosigkeit hervorbringt.

Auch die modernen Revisionisten leugnen diese Tatsache. Sie behaupten, die Kapitalisten rufen die Krise willkürlich hervor und könnten sie beenden, wenn sie nur gezwungen würden. Ihre Absicht ist es, so die Arbeiterklasse vom Kampf gegen das gesamte kapitalistische System abzuhalten. Die Wirklichkeit straft sie Lügen. Schon im Juli sollten bei Blaupunkt 180 Arbeiterinnen entlassen werden. Angesichts der Unruhe unter den Kolleginnen erklärten damals der Betriebsrat und die Kapitalisten, es handele sich nur um eine kurzfristige „Durststrecke", die durch Kurzarbeit überwunden werden könnte. Nach und nach sind dann im Verlauf der nächsten Monate über 500 Arbeiterinnen entlassen worden. Die Frauen treffen diese Entlassungen besonders hart. In der jetzigen Krisensituation werden sie zum einen kaum einen neuen Arbeitsplatz finden, zum anderen aber ist Blaupunkt neben Siemens und Grätz einer der wenigen Frauenbetriebe im nördlichen Ruhrgebiet überhaupt.

Die Entlassungen bei Blaupunkt sind eine direkte Folge der Krise in der Automobilindustrie, für die dort Autoradios und anderes Autozubehör produziert wird. Es zeigt sich jetzt, daß die Krise dieser Industrie, von der direkt oder indirekt jeder siebte Arbeitsplatz in der Bundesrepublik abhängt, noch längst nicht ihren Höhepunkt erreicht hat, trotz Einschränkungen der Produktion um 40 % bei Opel, trotz Kurzarbeit bei Opel, VW und Ford, trotz der „Abfindungen" von Tausenden von Arbeitern. Opel in Bochum z. B. will bis zum Jahresende sechs Wochen kurzarbeiten. Gleichzeitig aber wird bekannt, daß die angebliche Alternative, entweder Kurzarbeit oder Massenentlassungen, die immer wieder vom Betriebsrat aufgestellt worden ist, nur Augenwischerei war.

In der letzten Betriebsversammlung bei Opel weigert sich der Vertreter der Kapitalisten mit den Worten: „Niemand ist ein Prophet", eine schriftliche Garantie gegen Massenentlassungen zu geben. In einer Betriebsratssitzung deutet der Verräter Perschke an, daß ein Sozialplan im Gespräch ist und erklärt, daß er „ehrliche Personaleinschränkungen" befürwortet. **Diese Tatsachen zeigen, daß Opel bereits Massenentlassungen plant.** Bei Blaupunkt in Herne fragen sich jetzt viele Frauen, was aus ihren Familien werden soll, denn viele ihrer Männer arbeiten bei Opel in Bochum. In den Betrieben wächst die Kampfbereitschaft, ein Arbeiter von Opel sagte, daß viele Kollegen auf Aktionen warten. Diese Worte zeigen, daß die Arbeiterklasse nicht bereit ist, Kurzarbeit und Entlassungen kampflos hinzunehmen.

Streik gegen Entlassungen bei Rheinstahl Dortmund

Bei Rheinstahl in Dortmund streikten am 22. August mehr als 250 Arbeiter über eine Stunde lang gegen drohende Arbeitslosigkeit. Seitdem Rheinstahl von Thyssen aufgekauft wurde, standen die Kollegen zum Kampf bereit. Sie wußten, daß diese Fusion für sie gesteigerte Arbeitshetze und drohende Arbeitslosigkeit bedeutet.

Als bekannt wird, daß in der nächsten Zeit der Stahlbau mit der Thyssengesellschaft Klönne zusammengelegt wird und dabei fünfhundert Arbeiter auf die Straße fliegen sollen, ist das Maß voll. Die Kollegen streiken und marschieren zum Verwaltungsgebäude.

Die angekündigten Entlassungen bei Rheinstahl sind die Folge des erbarmungslosen Kampfes der Stahlkapitalisten um die höchsten Marktanteile, die höchsten Profite. Die Stahlproduktion in der DBR wird fast völlig von den drei Monopolen Thyssen, Krupp und Hoesch kontrolliert. Diese Monopole brauchen riesige Profitmassen, um sich im erbitterten Konkurrenzkampf behaupten und die Produktion weiter ausbauen zu können. Aus diesem Grund fusionierte Hoesch mit Hoogovens, Thyssen mit Rheinstahl, machte Krupp den Schah von Persien zum Großaktionär.

Bei ihrer Jagd nach Profiten nehmen sie keinerlei Rücksichten auf die Gesundheit und das Leben der Arbeiter. Bei Thyssen stieg die Unfallrate in einem Jahr um 27 %, bei Hoesch wurden im Kaltwalzwerk fast jeden Tag Überstunden gefahren. Jetzt zeigen sich die ersten Anzeichen der Krise auch in der Stahlindustrie.

In dieser Situation sind es der IGM-Apparat und die D„K"P-Revisionisten, die die Arbeiter mit der Mitbestimmungsideologie an den Kapitalismus fesseln wollen. So z. B. bei Rheinstahl-Henschel in Kassel. Dort behauptete der Betriebsratsbonze Fischer auf einer Betriebsversammlung, durch „Mitbestimmung" sei die Stillegung der Schmiede verhindert worden. Die angebliche Rettung der Schmiede geht aber auf Kosten der Arbeiter. Sie bleibt zwar vorläufig, die Kollegen werden aber schwer mit Arbeit eingedeckt, die Produktion wurde um 40 % gesteigert. Da steigt die Arbeitshetze, da wird geschunden und gehetzt.

Die Kapitalisten und der IGM-Apparat versuchen, die Angst der Kollegen um ihren Arbeitsplatz auszunutzen. **Das ist der Kurs der „Mitbestimmung" dieser IGM-Bonzen: die Kapitalisten bei der Ausplünderung der Kollegen unterstützen.** Auf der gleichen Versammlung sagte ein anderer Bonze: „Ich freue mich zu sehen, daß der Henschel-Stern mehr als früher glänzt." Mit diesen Worten versuchte er den Eindruck zu erwekken, als sei nun die Gefahr von Arbeitslosigkeit verhindert. Es ist aber eine Tatsache, daß die Kapitalisten noch das letzte herauszuholen versuchen, ehe sie eine Anlage stillegen.

Im Sommer 1973 haben die Rheinstahl-Arbeiter, wie Zigtausende ihrer Kollegen in der ganzen Bundesrepublik gegen die Kapitalisten und den IGM-Apparat gestreikt. Der Streik bei Rheinstahl in Dortmund zeigt, daß die Kampfbereitschaft der Arbeiter gewachsen ist, daß sie nicht bereit sind, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung kampflos hinzunehmen.

GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG, ARBEITSLOSIGKEIT UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG!
VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DEN KAPITALISMUS UND SEINE HANDLANGER!



GRF: "Gewaltsamer Umsturz? Lächerlich!"

Korrespondenz. Heribert Planz, Landtagskandidat der Gruppe Rote Fahne in Hessen, war von der „Gießener Allgemeinen" entlassen worden. Wir berichteten im ROTEN MORGEN Nr. 34 über die revisionistische Linie, mit der die GRF diese Entlassung, die fadenscheinig mit „Arbeitsmangel" u. ä. begründet worden war, im Betrieb und vor dem Arbeitsgericht „bekämpft" hatte.

Nun wurde Heribert Planz von der „Gießener Allgemeinen" zusätzlich noch ein zweites Mal gekündigt – noch vor der nächsten Verhandlung vor dem Arbeitsgericht. Diesmal war nicht mehr von „Arbeitsmangel" die Rede, sondern der Kapitalistenvertreter Dr. Rempel begründete die Entlassung offen politisch. Im Entlassungsschreiben wurde der GRF vorgeworfen, sie „*strebt verfassungsfeindliche Ziele an und propagiert den gewaltsamen Umsturz unter Umgebung des Parlaments*".

Was macht die GRF? Sie verteilte ein Flugblatt, in dem sie schrieb: „*Der kommunistische Kollege nimmt für sich das im Grundgesetz verbürgte Recht der freien politischen Betätigung in Anspruch. Wer dies anzweifelt, wie ein Dr. Rempel, der rüttelt an der Verfassung dieses Staates. Im Betriebsverfassungsgesetz heißt es: ,Arbeitgeber und Betriebsrat haben darüber zu wachen, daß jede unterschiedliche Behandlung von Personen wegen ihrer (...) politischen oder gewerkschaftlichen Betätigung oder Einstellung unterbleibt...*" Als wenn Kapitalisten und BVG dazu da wären, Kommunisten vor der Entlassung zu schützen.

Um schließlich das Maß voll zu machen, schreiben sie in dem Flugblatt: „*Geradezu lächerlich ist es, der KPD ,den gewaltsamen Umsturz unter Umgebung des Parlaments' zu unterstellen. Es war doch gerade die Kandidatur des Kollegen Planz auf der Landesliste der Partei, die seine Kündigung bewirkte.*"

So also ist die Beteiligung der GRF an den Wahlen zum bürgerlichen Parlament zu verstehen. Nicht als ein Mittel, unter den Massen die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution zu propagieren, sondern um der Bourgeoisie zu beweisen, daß man an die bewaffnete Revolution überhaupt nicht denkt. Tiefer hinein in den Sumpf des modernen Revisionismus geht es kaum mehr.

Ärztliche Hilfe bei Entlassung

Eine Kollegin aus der Revision ist gefeuert worden. Wenn ihre Probezeit abgelaufen ist, kann sie gehen. Warum? – Nicht etwa, weil ihre Leistungen schlecht waren – sie schaffte schon in der Probezeit den vollen Akkord – oder weil sie blau gemacht hat. Sie ist gefeuert worden, weil sie Kreuzschmerzen hatte!

Das war so: Die Kollegin hatte bei ihrer vorigen Arbeit nur gestanden. Als sie einige Zeit hier arbeitete, bekam sie schreckliche Rükkenschmerzen. Sie ging damit zur Ärztin und hoffte, die könne ihr helfen, die Schmerzen loszuwerden. Warum geht man sonst zum Arzt?

Das war aber eine Täuschung. Statt ärztlicher Hilfe wurde ihr dann vom Meister mitgeteilt, er könne sie nicht einstellen, weil sie aus gesundheitlichen Gründen für die Arbeit nicht tauge.

Man könnte sagen: Da können sie ja gleich den ganzen Laden dicht machen. Rückenschmerzen hat ja mehr oder weniger jeder von uns, besonders am Anfang. Klar, das ist so. Und wenn wir das alle wissen, dann weiß es auch Meister Sander, dann weiß es erst recht die Ärztin.

Arbeit ist knapp im Moment. Siemens kann auswählen. Warum dann ein Mädchen einstellen, das Kreuzschmerzen hat, warum nicht eine, die zumindest nichts davon sagt, die die Zähne zusammenbeißt und schuftet, bis sie umfällt! – Die Menschen wie Material zu sichten und das Beste herauszusuchen, dazu ist die Ärztin da – eine Art besserer Sklavenbeschauer. Ihre Aufgabe ist nicht, unserer Gesundheit zu dienen, sondern die Produktion möglichst reibungslos am Laufen zu halten. Dafür wird sie bezahlt. Die Kolleginnen, die ernsthaft krank von der Ärztin wieder zur Arbeit geschickt worden sind, können ein Lied davon singen. Die Kapitalisten interessiert es nicht, daß sich die Arbeiter in ihren Fabriken ruinieren, sie interessiert einzig und allein ihr Profit.

(Aus der ersten Nummer des „Roten Lautsprecher", Betriebszeitung der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML, bei Siemens/Witten.)

D'K'P Überzeugend distanziert

Vor kurzem bekamen wir eine Pressemitteilung der Bezirksverwaltung Hessen der „Deutschen Postgewerkschaft" über ihren Bezirkstag zugeschickt. In seiner Rede verteidigte der Bezirksvorsitzende Rudolf den Antikommunistenbeschluß des Hauptvorstandes der DPG. Er sagte: Der Bezirksvorstand halte es für einen gefährlichen Irrtum, zu glauben, daß die Mittel der Argumentation und politischen Auseinandersetzung genügten, um Gefahren für den demokratischen Bestand und den Schutz der gewerkschaftlichen Organisationen abzuwenden. Allerdings bestehe kein begründeter Anlaß, zu einer allgemeinen Jagd auf Kommunisten zu blasen. Deshalb sei auch in dem Beschluß die D„K"P bewußt aufgenommen worden. Diese Partei habe sich überzeugend von den antigewerkschaftlichen Zielen und extremistischen Handlungen der früheren KPD und ihrer Splitterorganisationen distanziert. Rudolf weiß, warum er die D„K"P lobt, steht sie doch in vorderster Front bei der politischen Unterdrückung der wirklichen Kommunisten in den DGB-Gewerkschaften.

Revisionistisches

Mindestens weitere hundert Jahre Kapitalismus

"Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, nun kann er gehen. Das Zitat ist zwar nicht ganz richtig, trifft aber die derzeitige Situation der Schlegelbrauerei haargenau." - So beginnt ein Artikel von "Hinsberg Aktuell" einer Wohngebietszeitung der D'K'P in Recklinghausen zur bevorstehenden Schließung der Schlegelbrauerei in Recklinghausen. Aber die D'K'P vergießt nicht nur Tränen des Mitleids über das Schicksal der Kapitalisten von Schlegel, die an den Dortmunder-Union-Schultheiß-Konzern verkauft haben, sie läßt es auch an guten Wünschen für die Zukunft nicht fehlen. 'Die Presse hat berichtet", heißt es weiter, "daß Schlegel hochmoderne Produktionsanlagen hat, also läßt er sich auch im Interesse der Belegschaft und aller Recklinghäuser mindestens weitere hundert Jahre erhalten."

Was im Interesse der Arbeiter der Schlegelbrauerei liegt, werden auch die Herren von der D'K'P noch erleben - bevor weitere hundert Jahre vergangen sind.

„Wenn es euch nicht paßt, könnt ihr ja gehen."

Um möglichst hohe Profite herauszuschlagen, verstärkt die neue revisionistische Bourgeoisie die Unterdrückung und Ausbeutung der Werktätigen. Die Bedingungen, unter denen die Arbeiter in der Sowjetunion heute leben müssen, unterscheiden sich nicht von denen in den westlichen kapitalistischen Ländern. Sogar die sowjetische Presse ist gezwungen, ab und zu darauf einzugehen.

So schrieb die "Prawda"- Korrespondentin Schatzkaja über den Zustand im Holzkombinat von Lgarsk. "Ich hielt mich einige Tage in diesem Kombinat auf. Ich traf dort mit verschiedenen Menschen zusammen. Bei der Unterhaltung mit ihnen konnte ich mich jedesmal aufs Neue überzeugen, daß dort die Arbeitsgesetzgebung verletzt wurde und daß die Betriebsleiter mit den Menschen arrogant umgehen."Nach mehreren Beschwerden wurde der Direktor abgesetzt . . . und befördert.

Eine Gruppe von Arbeitern eines Trusts in Duschanbe schrieb, daß der Direktor arrogant sei und daß er den Arbeitstag mit der Austeilung von Strafen beginne. "Man wird wegen allem und jedem bestraft". Sie unterstrichen in ihrem Schreiben, daß jeder fünfte Werktätige dieses Kombinats einen Verweis bekommen habe. Dazu gehören Geldbußen von zig Rubeln, die oft den ganzen Monatslohn eines Arbeiters ausmachen.

Auch die Arbeitsbedingungen in den Betrieben verschlechtern sich ständig. Eine Gruppe von Arbeitern aus Iwantejeka, Kreis Saratow, beschreibt die Arbeitsbedingungen in ihrem Betrieb folgendermaßen: „Die Werkshallen sind nicht genügend gelüftet, der Staub ist so dicht, daß man in einer Entfernung von einem halben Meter nichts sieht. Es ist ein Verbrechen, die Arbeit in einem solchen Betrieb zuzulassen." Auf die ständigen Forderungen der Werktätigen nach besseren Arbeitsbedingungen wird kurz und bündig geantwortet: Wenn es euch nicht paßt, könnt ihr ja gehen!

Aber nicht nur die Betriebsleiter, auch die Gewerkschaften unterdrücken die Arbeiter. Als man einem Arbeiter riet, er solle sich doch an die Betriebsgewerkschaftsorganisation wenden, antwortete er: „Die BGO ist der Schatten des Direktors. Es ist noch nie vorgekommen, daß sie seinen Befehlen widerspricht und den Arbeiter in Schutz nimmt."

"Die Chinesen in Paris" -

Hetzfilm gegen das sozialistische China

Erfolgreiche Protestaktion der Partei in München

Im Juni wurde bereits zum zweiten Mal trotz scharfen Protests der Botschaft der Volksrepublik China im Fernsehen der antichinesische Hetzfilm „China" von Antonioni gezeigt. Nun, in der letzten Woche, hat in München die Premiere eines neuen französischen Kinofilmes stattgefunden, der offen und unverschämt die Volksrepublik China und ihre Volksarmee verleumdet und lächerlich macht: „Die Chinesen in Paris."

Schon in den Werbeprospekten läßt der Italo-London-Filmverleih keinen Zweifel daran, daß Feinde des chinesischen Volkes hinter dem Projekt stehen: „Das ist der Film, der 800 Millionen Chinesen Angst macht... Trotz schärfsten Protestes der chinesischen Botschaft in Bonn starten wir am 23. 8. 1974:.." Der Filmverleih schämt sich nicht, den Protest der chinesischen Botschaft gegen dieses Machwerk zu benutzen, um einen spektakulären Reklamerummel für den Film aufzuziehen.

Nicht das chinesische Volk hat Angst vor den Imperialisten und seinen Propagandafilmen. Sondern die zunehmenden Hetzfilme und Lügenromane über die Volksrepublik China und die Volksrepublik Albanien bringen die Angst der Imperialisten zum Ausdruck vor dem zunehmenden Einfluß dieser beiden sozialistischen Länder auf der ganzen Welt. Filme wie „Die Chinesen in Paris" sind die jämmerliche Reaktion der Imperialisten auf die großen Erfolge der revolutionären Außenpolitik der VR China, sind schmutzige und hinterhältige Versuche, die immer enger werdende Freundschaft zwischen dem chinesischen Volk und den Völkern der Welt zu untergraben.

In dem Film wird die Volksrepublik China als eine aggressive und imperialistische Macht dargestellt, die mit ihrer Armee Europa überfällt und auch in Frankreich eindringt. „Wenn die erst mal da sind, dann wird gefoltert, werden Leute aufgeschlitzt, dann wird vergewaltigt, hast du verstanden!", heißt es zu Beginn des ersten Aktes. **Da ist auch nicht der geringste Unterschied zur faschistischen Greuelpropaganda unter Hitler vom „bolschewistischen Untermenschen".**

Die VR China ein imperialistisches Land, das andere überfällt? Das ist eine bewußte und unverschämte Lüge! **Niemals hat die VR China eine Aggression gegen irgendein Land durchgeführt oder auch nur einen Akt der Aggression begangen. Das ist aller Welt bekannt und auch gerade der Grund dafür, daß das neue China ein großes Ansehen in der Welt genießt.** China ist ein Land, dessen Volk im Kampf gegen den Imperialismus den Sieg errungen hat, das heute den Sozialismus aufbaut und als Bollwerk der Weltrevolution die Völker der Welt in ihrem Kampf gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte, gegen Imperialismus und Kolonialismus konsequent unterstützt.

Der Film aber unterstellt dem sozialistischen China die Methoden der sowjetischen Sozialimperialisten: in Worten sozialistische Phrasen zu dreschen, in Taten aber imperialistisch zu sein. **All das, was die Menschen auf der ganzen Welt am sowjetischen Sozialimeprailismus so hassen, wird der Volksrepublik China unterstellt.** So darf im Film Deutschland nach der chinesischen Invasion nur noch Elektrogeräte, die Schweiz nur noch Uhren und Frankreich Ofenrohre herstellen. In Wahrheit aber ist dies gerade die Methode der sowjetischen Sozialimperialisten, andere Länder zu unterjochen und zur vollständigen Aufgabe ihrer eigenständigen Wirtschaft zu zwingen. Die Länder Osteuropas sowie Indien oder Kuba sind dafür Beispiele. Die Kommunistische Partei Chinas hat stets diese imperialistische Großmachtpolitik der neuen Zaren im Kreml entlarvt und gegeißelt und gemeinsam mit den Völkern der Welt bekämpft.

Oder z. B. daß im Film nach der Invasion in Paris eine französische Marionette eingesetzt wird und die chinesische Führung mit den Kapitalisten zusammenarbeitet, die aus der Besatzung Gewinne schlagen usw. Auch dafür gibt es in Wirklichkeit kein einziges Beispiel für die Volksrepublik China. Die sowjetischen Sozialimperialisten hingegen sind es, die in der DDR zum Beispiel Marionetten wie Honecker an der Leine haben.

Ziel dieses hinterhältigen Vorgehens des Filmregisseurs Jean Yanne ist es, die Begeisterung, die immer mehr Arbeiter Westeuropas mit dem Anwachsen der Klassenkämpfe der VR China als leuchtendes Beispiel für den Sozialismus entgegenbringen, mit der Lüge zu dämpfen: Chinas Sozialismus sei nur Phrasendrescherei, hinter der einige imperialistische Machthaber stünden.

In die gleiche Kerbe haut der offene Angriff auf die Kommunistische Partei Chinas. Die KPCh und vor allem ihr Zentralkomitee wird als das Zentrum dargestellt, in dem die Fäden aller möglichen Verbrechen zusammenlaufen. Dort wird laut Film der Überfall auf Europa geplant, werden Beschlüsse gefaßt, die sich gegen die Interessen der Völker, gegen den Willen der Massen richten. Das Zentralkomitee erscheint in dem Film als eine kleine Clique von weltfremden und volksfeindlichen Elementen, von revisionistischen Machthabern.

Warum besitzt denn Genosse Mao Tsetung auch in den europäischen Ländern unter den Werktätigen so großes Ansehen, warum bringen die chinesischen Volksmassen dem Vorsitzenden ihrer Kommunistischen Partei so viel Liebe entgegen? Weil sie wissen, welch große Leistung diese Partei, ihr Zentralkomitee und ihr Vorsitzender im Kampf für die Befreiung des Landes und den Aufbau des Sozialismus in China vollbracht hat. Weil die Kommunistische Partei Chinas nicht wie die KPdSU Breschnews entartet ist zu Feinden des Volkes und imperialistischen Machthabern, sondern einen ständigen Kampf gegen den Revisionismus geführt hat und am Marxismus-Leninismus festgehalten hat. **Die KPCh mit ihrem Vorsitzenden Mao Tsetung ist das Zentrum der kommunistischen Weltbewegung, ein leuchtendes Vorbild für alle marxistisch-leninistischen Parteien der Welt.**

Das ist der Grund, warum Propagandisten des Imperialismus, wie der Filmregisseur Yanne so wütend über die Kommunistische Partei Chinas herziehen. Ihr Haß gilt dem Kommunismus und seiner Ideologie, dem Marxismus-Leninismus und den Maotsetungideen.

In einer Szene zum Beispiel verleumdet der Regisseur direkt und offen die Maotsetungideen. Er läßt einen chinesischen Kommunisten zu Polizisten, die nachts jemanden festgenommen haben, sagen: Mao Tsetung lehre, man müsse einen Menschen, der einen Fehler gemacht hat, freundlich davon überzeugen, daß er unrecht hat. Im Anschluß aber wird gezeigt, wie der Festgenommene erpreßt und bedroht wird, jemanden zu denunzieren. In einer anderen Szene wird gezeigt, wie „umerzogene Gefangene" am Bahnhof eintreffen. Eine Frau, die unter diesen ihren Mann sucht: „Hoffentlich erkennt er mich wieder nach 3 Monaten Gehirnwäsche." Als schließlich der Zug eintrifft, entsteigen ihm Menschen, die wie völlige Idioten und Geisteskranke auftreten und immer wieder sinnlos rufen: „Wir sind keine Papiertiger mehr!"

Diese Szenen bezwecken eindeutig, den Marxismus-Leninismus und die Ideen Mao Tsetungs zu verleumden als weltfremde Ideologie, als verlogene Religion, die von einigen Machthungrigen benutzt wird, um die Massen zu betrügen, und der im übrigen nur ausgemachte Dummköpfe und Psychopathen folgen. Gefeiert wird hingegen der „natürliche Egoismus" der Kapitalisten, der als „Realist" – egal was geschieht – sein Geld macht und im Film den Sieg davonträgt.

Aus diesen dummdreisten Angriffen auf den Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen spricht nur allzu deutlich die Furcht hervor, daß der Marxismus-Leninismus in der westeuropäischen Arbeiterbewegung immer größeren Einfluß gewinnt und den Imperialismus immer stärker bedroht. Die Bourgeoisie weiß sehr wohl, daß Kapitalismus und Imperialismus nur im Film den Sieg davontragen. Das ist auch der Grund, warum sie mit schmutzigen Lügen, Verdrehungen und Verleumdungen gegen die Volksrepublik China, die Kommunistische Partei Chinas und gegen den Marxismus-Leninismus mit allen möglichen Mitteln zu Felde zieht: um ihre Ausbeuterherrschaft so lange wie möglich zu erhalten und ihre endgültige Niederlage noch hinauszuschieben.

Dieser antichinesische Hetzfilm wird in Westdeutschland in 40 Städten gestartet. Er ist Bestandteil einer Kampagne der Imperialisten gegen die Volksrepublik China, Bestandteil einer Politik des kalten Krieges, wie sie zur Zeit Adenauers nicht anders gegen die Sowjetunion Stalins betrieben worden ist. **Im Rahmen des proletarischen Internationalismus ist es für jeden Kommunisten und für jeden fortschrittlichen Arbeiter, für jeden Freund des chinesischen Volkes die Pflicht, diesem unerhörten Anschlag gegen die Volksrepublik China, gegen die Kommunistische Partei Chinas, gegen den Marxismus-Leninismus sowie gegen die Freundschaft zwischen dem chinesischen und deutschen Volk die richtige Antwort zu erteilen.**

In München hat die KPD/ML bereits den Kampf gegen die Aufführung dieses Films begonnen. Flugblätter der Partei forderten vor der Premiere des Films im Luitpoldkino die Besucher dazu auf, den Film zu boykottieren und die Absetzung des Filmes zu erkämpfen.

Als der Film begann, riefen Genossen im Saal Parolen gegen den Hetzfilm: Der Film muß weg! Es lebe das rote China! Als der Film dennoch weiterlief, besetzten 20 bis 25 Genossen die Bühne. Der Film mußte unterbrochen werden. Polizei, die vom Kinobesitzer gerufen wurde, kam in den Saal, konnte aber nur 3 Genossen festnehmen. Der Kinobesitzer hatte schließlich noch die Frechheit, in einer kurzen Rede zu behaupten, es sei demokratisch, wenn dieser lügnerische Hetzfilm aufgeführt werde. Er forderte diejenigen auf, sich ihr Geld an der Kasse wieder abzuholen, die den Film schlecht fänden. Wie die Münchner Tageszeitungen am nächsten Tag berichteten, verließen daraufhin 150 Zuschauer den Kinosaal und ließen sich ihr Geld zurückgeben.

Das ist ein großer Erfolg, da der überwiegende Teil der Zuschauer bei der Premiere geladene Gäste der Filmgesellschaft waren, die diesen Film bearbeitet hat. Der Film wird in allen größeren Städten gezeigt werden. **Nehmen wir den Kampf dagegen auf!**

Vom Aufbau des Sozialismus

Besuch im Kraftwerk von Fieri

Korrespondenz. Auf unserer Reise durch Albanien kommen wir auch nach Fieri. Weder Luftverschmutzung, noch stinkende Abgase, nur Öltürme kündigen schon von weitem ein Industriezentrum an. Wir besichtigen das große Stickstoffdüngemittelwerk und das Wärmekraftwerk. Welche Rolle spielen diese Werke in der Volkswirtschaft Albaniens? Albanien, vor der Befreiung das rückständigste Land Europas, ist heute bis in den letzten Winkel voll elektrifiziert. Zwei wichtige Bausteine sind die großen Elektrizitätswerke, das in Fieri und das Wasserkraftwerk Mao-Tse-Tung am Drinifluß. Von seinen fünf grossen Turbinen arbeitet eine sogar für den Export nach Jugoslawien. Unmittelbar neben dem Wärmekraftwerk in Fieri steht das moderne Stickstoffdüngemittelwerk. Beide Werke sind eine große Unterstützung für die Landwirtschaft Albaniens und haben auf ihre Modernisierung und Industrialisierung einen starken Einfluß. Planvoll wird so der Unterschied zwischen Stadt und Land immer mehr aufgehoben. Ein Schritt weiter auf diesem Weg ist im laufenden 5-Jahresplan die Inbetriebnahme des Harnstoffdüngemittelwerkes unmittelbar neben dem Stickstoffdüngemittelwerk. Hier sollen auch im Vergleich zu kapitalistischen Verhältnissen sowieso schon geringe NO_2-Abgase weiterverwandt werden. Damit wird eine 100%ige Ausbeutung des Stickstoffs erreicht. Die Düngemittelfabrik wurde 1966 mit brüderlicher Hilfe der VR China aufgebaut. Es werden die besten Maschinen aus verschiedenen Staaten benutzt. Nur 50 - 60 Arbeiter sind hier angestellt, das zeigt die hohe Automatisierung des Betriebes. Sie produzieren pro Jahr 120 000 t Düngemittel. Albanien steht an der Spitze der Düngemittelverwertung der Welt. Da es seine Düngemittel alle selbst herstellt und sogar noch einen Teil exportiert, ist es völlig unabhängig von den kapitalistischen und revisionistischen Staaten. In der Steuerungszentrale und den Kraftwerken treffen wir auch auffallend viele Frauen an. Ihre gleichberechtigte Beteiligung an der Produktion und ihre Bezahlung nach dem Prinzip 'Gleicher Lohn für gleiche Arbeit', ist für uns ein weiterer Beweis, daß in Albanien die Befreiung der Frau Realität ist. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit heißt auch, daß nach Leistung und Schwierigkeit bezahlt wird. Aber die Lohnunterschiede sind nicht sehr groß. So verdient ein Facharbeiter im Kraftwerk 650 - 700 Lek, ein Ingenieur 800 - 1000 Lek.

Reiche Sommerernte

Die VR China hat in diesem Jahr trotz schwerer Trockenheit eine reiche Sommerernte eingebracht. Der Gesamtertrag wies eine beträchtliche Steigerung gegenüber dem letzten Sommer auf. Abgesehen von wenigen Gebieten, in denen der Ertrag infolge von Naturkatastrophen zurückging, wiesen die meisten Gebiete in den 24 Provinzen, regierungsunmittelbaren Städten (direkt der Regierung unterstellt, wie z.B. Peking oder Schanghai) und autonomen Gebieten wo die Ernte schon eingebracht wurde, eine bessere Ernte als im Vorjahr auf. Die Erzeugung von Sommergetreide in neun Provinzen und regierungsunmittelbaren Städten übertraf alle bisherigen Erträge. Ein bemerkenswertes Kennzeichen dieses Jahres ist, daß mehrere Gebiete mit sonst niedrigen Erträgen die Gebiete mit traditionell hohen Erträgen eingeholt haben, während diese kontinuirlich Fortschritte gemacht haben. 22 Bezirke haben durchschnittlich 2,25 t Weizen pro Hektar geerntet, im Vergleich zu 12 im letzten Jahr.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

ORGANO CENTRALE DEL PARTITO COMUNISTA D'ITALIA (m.-l.)



Gemeinsame Erklärung der KPI/ML und der KPD/ML

Im Frühjahr dieses Jahres trafen sich Vertreter der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten und der KPD/ML. Als Ergebnis ihres Treffens, das in sehr herzlicher Atmosphäre stattfand, wurde eine gemeinsame Erklärung beider Parteien verabschiedet, in der sich die völlige Übereinstimmung beider Parteien in Bezug auf die allgemeine politische Lage und die Aufgaben der marxistisch-leninistischen Parteien ausdrückt. „NUOVA UNITA", das Zentralorgan der KPI/ML, druckte diese Erklärung bereits ab, begleitet von einer Erklärung des Genossen Ernst Aust, Vorsitzendem der KPD/ML, zur politischen Lage in Westdeutschland und zur taktischen Linie der Partei im Kampf gegen die beiden Supermächte, den USA-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus.

Vertreter der Kommunistischen Partei Italiens/Marxisten-Leninisten und der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten sind zusammengetroffen, um die allgemeine politische Lage, Fragen bezüglich der Stärkung der internationalen Bindungen und andere Probleme von gemeinsamem Interesse zu behandeln.

Dabei zeigte sich völlige Übereinstimmung der Ansichten in allen Punkten.

Die KPD/ML und die KPI/ML sind der Ansicht, daß die revolutionäre Weltbewegung und die Kämpfe der Marxisten-Leninisten sich erfolgreich entwickeln und entscheidende Fortschritte machen, während auf der anderen Seite Kapitalismus, Imperialismus und Sozialimperialismus Opfer immer schärferer Widersprüche sind und unter dem Ansturm der Massenbewegung stehen.

Beide Bruderparteien haben die Verpflichtung, ihre Führungsrolle in den Kämpfen des Proletariats und der Werktätigen ihrer Länder immer mehr zu festigen, die Einheit aller revolutionären Kräfte herzustellen und stärkere Kampfesinitiativen zu ergreifen, damit das italienische und das deutsche Volk, beide reich an heldenhaften revolutionären Traditionen, den größtmöglichen Beitrag zur gemeinsamen Front gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und alle Reaktionäre, für die Sache der Weltrevolution leisten.

* * *

Die KPD/ML steht an der Seite der KPI/ML in ihrem Kampf an der Spitze der italienischen Arbeiterklasse und der italienischen Volksmassen, auf Grundlage der Fortführung der revolutionären Ideale, weshalb im Jahre 1921 die Kommunistische Partei Italiens gegründet wurde, der Fortführung der Lehren Antonio Gramscis, des antifaschistischen Widerstandes, des Partisanenkrieges gegen Faschismus und Naziherrschaft, der heldenhaften Kämpfe der italienischen Arbeiter.

Die KPD/ML wurde genauestens über die politisch-organisatorische Entwicklung ihrer Bruderpartei unterrichtet, über ihre wachsende Verbindung mit den Massen, ihre Verankerung in den Arbeiter-, Bauern- und Studentenkämpfen. Die KPI/ML kämpft entschlossen gegen die bürgerliche Reaktion, gegen die Faschisierung und die Gefahr eines faschistischen Staatsstreichs, gegen den amerikanischen Imperialismus und seine Stützpunkte, gegen den Revisionismus und Sozialimperialismus, gegen die Führer vom Schlage Togliattis und Chruschtschows, die die Sache des italienischen Proletariats verraten haben.

In ihrem Kampf für die proletarische Revolution, für den Sozialismus und Kommunismus kann sich die KPI/ML auf die Unterstützung und die internationalistische Solidarität ihrer deutschen Bruderpartei verlassen.

* * *

Ebenso steht die KPI/ML an der Seite der KPD/ML in ihrem Kampf an der Spitze der Arbeiterklasse und der Volksmassen in Westdeutschland und Westberlin. Nach der Entartung der KPD wurde im Kampf gegen den modernen Revisionismus die KPD/ML gegründet. Sie baut auf den revolutionären Grundlagen der 1918/19 von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands auf und setzt die revolutionäre Tradition Ernst Thälmanns, des großen Führers der deutschen Arbeiterklasse, den Kampf der KPD im antifaschistischen Widerstand und den Kampf der KPD für den Sieg des Sozialismus in ganz Deutschland fort.

Die KPI/ML wurde genauestens über die ideologische, politische und organisatorische Entwicklung ihrer Bruderpartei unterrichtet, über ihre großen Erfolge bei der Erfüllung der gegenwärtigen Hauptaufgabe, der Gewinnung der Fortschrittlichsten des Proletariats für den Kommunismus, bei der wachsenden Verbindung mit den Massen, ihrer Verankerung in den Arbeiter-, Bauern- und Studentenkämpfen. Die KPD/ML kämpft entschlossen gegen den westdeutschen Imperialismus, gegen die wachsende politische Unterdrückung und Faschisierung, gegen die Gefahr einer erneuten Errichtung der offen faschistischen Diktatur der Monopolbourgeoisie über die Arbeiterklasse und das werktätige Volk.

Sie kämpft entschlossen gegen die beiden Supermächte, vor allem für die Vertreibung ihrer Truppen von deutschem Boden.

Sie kämpft gegen die Ideologie des modernen Revisionismus mit dem sowjetischen an der Spitze und bekämpft jede Aktivität der wichtigsten politischen Agentur der westdeutschen Imperialisten in der Arbeiterbewegung, die revisionistischen Parteien D„K"P/„S"EW, die die Sache des deutschen Proletariats verraten.

In ihrem Kampf für die proletarische Revolution, für den Sozialismus und den Kommunismus kann sich die KPD/ML auf die Unterstützung und die internationalistische Solidarität ihrer italienischen Bruderpartei verlassen.

* * *

Die KPD/ML und die KPI/ML bekräftigen ihre unerschütterliche Treue zum Marxismus-Leninismus und zum proletarischen Internationalismus, deren feste Stützen die KP Chinas mit Genossen Mao Tsetung an der Spitze und die Partei der Arbeit Albaniens unter Führung des Genossen Enver Hoxha sind. Die Große Proletarische Kulturrevolution in China und der revolutionäre Vertiefungsprozeß in Albanien sind Faktoren von großer historischer Bedeutung und grundlegende Beiträge zur Stärkung der gesamten kommunistischen und Arbeiterbewegung.

Die beiden Bruderparteien geben ihrer Entschlossenheit Ausdruck, mit allen Kräften an der Seite der marxistisch-leninistischen Parteien der ganzen Welt zu kämpfen, zur Unterstützung der Völker, die für ihre Befreiung kämpfen und der revolutionären Kräfte, die für die Diktatur des Proletariats kämpfen.

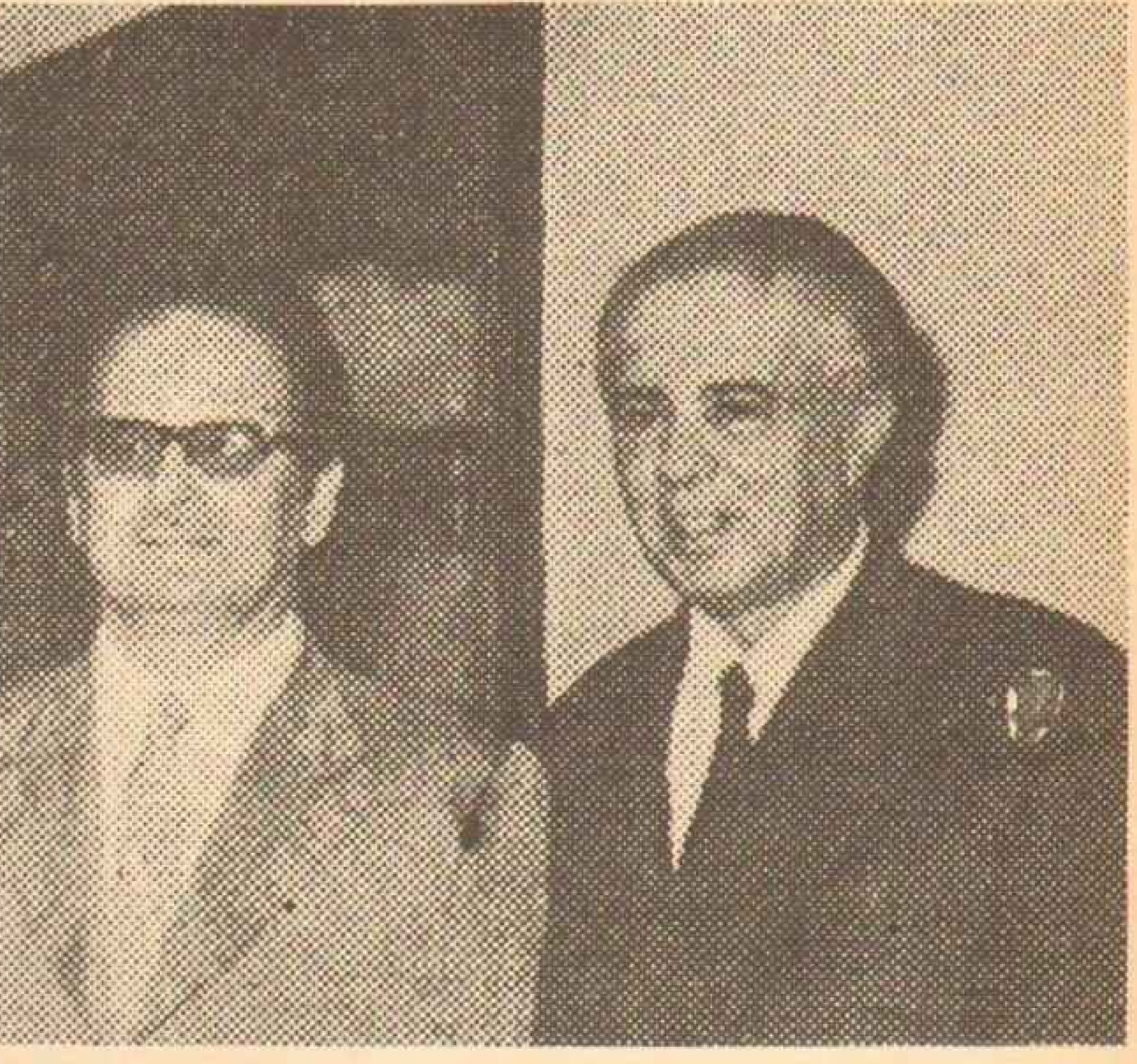
Die italienische und deutsche Bruderpartei widersetzen sich der Politik der beiden Supermächte, deren Expansionsabsichten die Kriegsgefahr vergrößern. Sie sind entschlossen, die Massen gegen die Nato und den Warschauer Pakt, gegen die Unterdrückungspläne der beiden Supermächte, besonders in Europa und im Mittelmeer zu mobilisieren. Die Verschärfung der Widersprüche zwischen den kapitalistischen Ländern, besonders die immer schärfere politische und wirtschaftliche Konkurrenz, spiegelt sich in Europa auch in der EWG wider, die hauptsächlich der Stärkung der Monopole dieses Gebiets dienen soll, um die Völker und die wirtschaftlichen Ressourcen noch besser ausbeuten zu können und um den Kämpfen der Arbeiter gemeinsam entgegenzutreten. Gegen dieses Bündnis der Monopole muß eine breite Massenbewegung weiter entwickelt werden.

Die beiden Bruderparteien bekräftigen die Notwendigkeit, die Politik der revisionistischen Parteien, besonders in Westeuropa grundlegend zu entlarven, eine Politik, die darauf abzielt, die EWG zu akzeptieren und sich an der Ausübung der bürgerlichen Staatsmacht zu beteiligen. Die beiden marxistisch-leninistischen Parteien werden gemeinsam mit allen Bruderparteien grundlegend die Manöver der revisionistischen sowjetischen Führungsclique zur Einberufung einer internationalen Konferenz entlarven, die hauptsächlich zu Angriffen gegen die marxistisch-leninistische Bewegung und vor allem gegen die KP Chinas und die PAA dienen soll.

Die KPI/ML und die KPD/ML bekräftigen ihren Willen, die Einheit der Marxisten-Leninisten und der Revolutionäre der ganzen Welt mehr und mehr zu stärken, für den Sieg des Sozialismus und des Kommunismus.

ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!

ES LEBE DER MARXISMUS-LENINISMUS!



Der Vorsitzende der KPI/ML, Genosse Fosco Dinucci, mit dem Vorsitzenden der PAA, Genossen Enver Hoxha.

Aus aller Welt

DIE BEFREIUNGSARMEE SCHLÄGT ALLE ANGRIFFE ERFOLGREICH ZURÜCK

Das Volk von Südvietnam und seine Befreiungsarmee schlagen erfolgreich die Angriffe der USA-Imperialisten und der Thieu-Clique gegen die befreiten Gebiete zurück. Allein im Juli wurden 17.000 Soldaten der Truppen Saigons außer Gefecht gesetzt, als sie Angriffe gegen die befreiten Gebiete unternahmen. Am 19. Juli hat die Volksbefreiungsarmee den Luftwaffenstützpunkt Da Nang bombardiert, von dem aus die USA-Imperialisten und die Thieu-Clique wiederholt die befreiten Gebiete bombardiert hatten. Bei diesem Angriff wurden 300 feindliche Soldaten, darunter viele Piloten vernichtet, zehn Flugzeuge und 24 bewaffnete Fahrzeuge zerstört oder beschädigt, 5 Millionen Liter Kraftstoff in Brand gesetzt. Unter den schweren Schlägen der Befreiungsarmee und des Volkes sind im Juli 4 000 Soldaten der Saigoner Truppen desertiert. Ganze Züge, Kompanien, und Bataillone der Marionettenarmee unternahmen an verschiedenen Orten Aktionen gegen den Krieg.

Die ernste Situation in Südvietnam wird einzig und allein von den USA-Imperialisten und der Thieu-Clique hervorgerufen, die beständig das Pariser Abkommen verletzen und die befreiten Gebiete wie toll angreifen. Um ihre Verbrechen zu vertuschen, verbreiten sie die Lüge, die Befreiungsarmee plane eine große Offensive ohne Rücksicht auf die Bestimmungen des Abkommens. Diesen Lügen, die auch in der bürgerlichen Presse unseres Landes verbreitet werden, muß jeder Revolutionär und fortschrittliche Mensch entschieden entgegentreten.

DIE IRA VERSTÄRKT IHREN KAMPF

Dublin. Neunzehn Mitglieder der IRA sind am 18. August aus dem Gefängnis Port Laoise in der Nähe von Dublin ausgebrochen. Die Befreiung gelang, obwohl das Gefängnis besonders stark bewacht wurde. Die irische Regierung hat mit allen Mitteln versucht, die IRA-Mitglieder einzufangen. Sie setzte Tausende von Polizisten und Soldaten ein, errichtete Straßensperren und durchsuchte die Eisenbahnzüge und Häuser. In einem Wald jagten 200 Soldaten und 300 Polizisten, unterstützt von einem Flugzeug und zwei Hubschraubern sechs IRA-Mitglieder. Es gelang ihnen aber nicht, auch nur einen einzigen zu fangen. Diese Befreiung ist ein großer Erfolg der IRA, die ihren Kampf gegen die britischen Besatzer in Nordirland weiter verstärkt. Seit 12 Tagen ist die Stadt Newry auf Anweisung der IRA ohne Strom. Die IRA hatte die Stromversorgung unterbrochen, weil britische Truppen das benutzt hatten, um die Stromversorgung für die Teile der Stadt zu sperren, in denen die Besatzer Aktionen gegen die IRA durchführten.

Bei mehreren Angriffen der IRA auf die Besatzertruppen und ihre Lakaien wurde ein Kollaborateur getötet, drei weitere verletzt.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	41 und 50 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7.23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz Mittelwelle
206 Meter entspricht 1,456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30
21.00 - 22.00
Immer: 43,7 42,8 und 26,2 Meter

Max Reimann verrät das Erbe der KPD

Am 17. August 1956, vor 18 Jahren, wurde die KPD verboten. Die modernen Revisionisten der D"K"P benutzen auch dieses Datum dazu, sich als die legitimen Erben der revolutionären Traditionen der KPD darzustellen. Zu diesem Zweck lassen sie in der UZ den Verräter Max Reimann zu Wort kommen. Mit Lügen und Geschichtsfälschungen versucht er, die revolutionäre Tradition der KPD zu vertuschen und zu verfälschen.

Reimann behauptet frech: „Die KPD wurde verboten, weil sie dafür wirkte, den mächtigen Einfluß der Monopole zurückzudrängen und so den Weg zu bahnen für eine Demokratie, in der die Macht wirklich vom Volke ausgeht und die Wurzeln für Reaktion, Faschismus und Krieg ein für allemal beseitigt sind."

Die KPD war eine revolutionäre Partei. Sie hat niemals für die „Zurückdrängung der Macht der Monopole" gekämpft. Die KPD wurde verboten, weil sie an der Spitze des Kampfes des Volkes für ein einheitliches, friedliebendes Deutschland, frei von Besatzern und deutschen Ausbeutern stand, für ein Deutschland, in dem die Macht in den Händen des Volkes liegt. Das Programm der KPD von 1951 kannte als Aufgabe den revolutionären Sturz des Adenauer-regimes, und 1948 erklärte die Partei:

„Es gibt keinen friedlichen Weg zum Sozialismus. Die Theorie vom relativ friedlichen Weg zum Sozialismus führt zu einer falschen Einschätzung des Charakters des Staatsapparates in Westdeutschland...Die Theorie vom besonderen deutschen, relativ friedlichen Weg zum Sozialismus ist darum falsch und bedeutet nicht nur ein Abgleiten in Nationalismus, sondern auch...ein Verlassen des Bodens des Klassenkampfes und eine Abkehr von der marxistisch-leninistischen Staatstheorie".

Reimann versucht diese Tatsachen vergeblich unter den Tisch zu kehren. Der ganze Verbotsprozeß drehte sich um diese Frage und das Bundesverfassungsgericht als höchstes Klassengericht der Bourgeoisie begründete das Verbot: „Die KPD hat diese Auffassung...nie aufgegeben.. Diese Haltung ist erklärlich. Die KPD deutet die Erfahrungen der Geschichte dahin, daß keine herrschende Klasse freiwillig die Macht aufgibt, daß also der gewaltsame Sturz der bürgerlichen Demokratie jedenfalls dann unvermeidlich ist, wenn diese über einen starken staatlichen Machtapparat verfügt: daß ihr die Festigung der staatlichen Verhältnisse in Westdeutschland, wie sie gegenüber 1946 eingetreten ist, als eine Bestätigung ihrer Auffassungen erscheint, daß in diesem Staat die Ergreifung der Macht durch die Arbeiterklasse ohne gewaltsame Revolution unmöglich ist." (KPD-Verbotsurteil S. 640/641)

Reimann versucht demagogisch den Eindruck zu erwecken, als ob die KPD nach dem Krieg den revolutionären Kampf für den Sozialismus aufgegeben hätte. 1946 erklärte dagegen der 15. Parteitag der KPD: „Das Ziel der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist die Befreiung von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, von Wirtschaftskrisen, Armut, Arbeitslosigkeit und imperialistischer Kriegsdrohung. **Dieses Ziel, die Lösung der nationalen und sozialen Lebensfragen unseres Volkes, kann nur durch den Sozialismus erreicht werden." Klipp und klar wird erklärt, daß die Partei im Kampf für dieses Ziel zu „revolutionären Mitteln greifen" wird.** Nicht von Zurückdrängung der Macht der Monopole ist die Rede, sondern von „Beseitigung der kapitalistischen Monopole", „Vernichtung des erzreaktionären Militarismus, Entmachtung der Großgrundbesitzer..."

Unverschämt behauptet Max Reimann in der UZ: „Die KPD wurde verboten,...weil sie dafür kämpfte,...was jetzt in einem System von Verträgen niedergelegt worden ist. Die Anerkennung der bestehenden Grenzen und Nachkriegsrealitäten in Europa, die Anerkennung der DDR als gleichberechtigter, souveräner Staat und die Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD."

Max Reimann verschweigt, daß die KPD vor allem gegen den nationalen Verrat der deutschen Monopolbourgeoisie kämpfte, gegen die imperialistischen Besatzer, die Deutschland gespalten haben, um es zu einer Aufmarschbasis gegen die damals noch sozialistische Sowjetunion zu machen. Damals organisierte die KPD z.B. 1951 eine Volksbefragung über die Einheit der Nation, an der sich, obwohl sie verboten war, 9 Millionen Menschen beteiligten. Damals stand die KPD an der Spitze des werktätigen Volkes, als es gegen die Besatzertruppen kämpfte. Der Kommunist Philip Müller wurde erschossen, als er zusammen mit 30 000 Menschen in Essen gegen die Remilitarisierung kämpfte.

Die modernen Revisionisten leugnen heute die Existenz einer deutschen Nation. Sie leugnen sie deshalb, um die Verwandlung der DDR in ein Militärgouvernement der Sowjetunion zu rechtfertigen und das aggressive und faschistische Wesen dieser Supermacht zu verschleiern.

Die modernen Revisionisten haben das revolutionäre Erbe der KPD verraten, den Kampf um die nationale und soziale Befreiung unseres Volkes. Nur gegen diese Verräter, unter Führung unserer Partei, kann das vereinte, unabhängige, sozialistische Deutschland erkämpft werden.

SPANIENSOLIDARITÄT



Solidaritätsstand zum Kampf des spanischen Volkes in Nürnberg

Korrespondenz. Am 10. 8. haben wir in Nürnberg einen Stand zur Solidarität mit dem revolutionären Kampf des spanischen Volkes durchgeführt. Der Erfolg war sehr groß. Wir haben außer den Anstecknadeln der Revolutionären, Antifaschistischen und Patriotischen Einheitsfront (FRAP) und der KPS/ML noch Streichholzschachteln mit den Emblemen der FRAP verkauft und dabei über 50 DM zur Unterstützung des Kampfes des spanischen Volkes gesammelt. Sehr viele Leute waren interessiert. Franco ist bei allen verhaßt, doch hat sich auch gezeigt, wie wichtig es ist, die Illusionen über eine eventuelle "Demokratisierung", die noch teilweise vorhanden sind, zu zerstören. Auch viele Spanier haben Geld in die Sammelbüchse gelegt oder spanische Zeitungen gekauft. Ich lege ein Bild bei, das den Stand zeigt.

Rot Front — Genosse aus Nürnberg.

Interview mit dem Genossen Sascha Haschemi

RM: Genosse Sascha, Du mußtest bisher 7 Monate im Untergrund kämpfen...

Sascha: Ja, ich halte mich nicht deswegen versteckt, weil sie mich wegen meiner Teilnahme an der Roten Antikriegstagsdemonstration 1972 in München zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt haben, sondern deshalb, weil sie diesen Haftbefehl als Vorwand nehmen wollen, um mich dem faschistischen Schahregime auszuliefern. Der wirkliche Grund ist meine Mitgliedschaft in der Roten Garde, meine Anschauungen und mein Kampf als Kommunist. Formal bin ich nämlich, wegen meines persischen Vaters, von dem meine Mutter seit langem geschieden ist, Perser. **Tatsächlich bin ich Deutscher, in München geboren und aufgewachsen. Als ich noch kein Kommunist war, war das auch für die Behörden noch ein klarer Fall.** Sie lehnten damals nämlich einen Antrag meines Vaters in Persien ab, der mich nach Persien holen wollte. Ihre Begründung: ich sei in Wirklichkeit Deutscher und man könne mich nicht aus meiner Heimat wegholen. **Aber seitdem sie wissen, daß ich Kommunist bin, bin ich für sie kein Deutscher mehr, seitdem planen sie einen kaltblütigen Schreibtischmord an mir.** Die Münchner Ausländerbehörde erklärte: *„Wenn wir ihn erwischen, schieben wir ihn auf jeden Fall ab."* Ein andermal sagten sie mir zynisch, ich soll doch schon mal persisch lernen. Die Auslieferung nach Persien aber bedeutet für mich nicht nur den Verlust meiner Heimat, meiner Mutter und meiner Genossen. Sie heißt für mich Gefängnis und Folterung oder aber physische Liquidierung. Dafür gibt es Dutzende trauriger Beispiele.

Die Partei führt den Kampf um die Verhinderung des an mir geplanten Schreibtischmordes. Für die Behörden genügt heute dank des Erfolges dieses Kampfes nicht mehr nur ein einziger Federstrich, um meine Hinrichtung in die Wege leiten zu können. Denn inzwischen wissen sehr viele Menschen über meinen Fall Bescheid. 20 000 haben eine Protestresolution unterschrieben. Die Behörden kommen durch diese breite Solidaritätsfront ganz schön in Bedrängnis mit ihrem ungeheuerlichen Plan. Viele vorher unpolitische Menschen setzen sich aktiv für mich ein. Eine Frau bat in München Genossen um Unterschriftslisten, damit sie selbständig sammeln kann. Da die Genossen keine mehr vorrätig hatten, kam sie eigens am Abend zu einer Veranstaltung, um Listen zu erhalten. Bekannte Persönlichkeiten wie Therese Giehse, Martin Sperr, H. M. Enzensberger, G. Zwerenz und andere protestierten. Organisationen wie die Interessenvereinigung mit Ausländern verheirateter Frauen, Studentenvertretungen wie z. B. der AStA der Uni München, Gewerkschaftsgruppen, die Humanistische Union und auch die Lehrlingsgruppe in meinem früheren Betrieb in München. Die Totschweigetaktik der bürgerlichen Presse hat nichts daran ändern können, daß eine so breite Solidarität entstand.

RM: Es ist ein wichtiger Erfolg, daß es der Polizei trotz all ihrer Bemühungen nicht gelang, dich aufzuspüren.

Sascha: Das ist wahr. Obwohl meine Verwandten „überprüft", bespitzelt und schikaniert wurden und werden, obwohl sie sogar bei der Familie meines Mitangeklagten H. Lehmann das Pumpenhaus im Wald durchsucht haben, gelang es ihnen nicht, mich zu finden. Die Partei hat es ermöglicht und geschafft, daß ich auch im Untergrund weiter arbeiten und kämpfen kann. Als Kommunist werde ich besonders von der Bourgeoisie verfolgt. **Aber als Kommunist stehe ich nicht alleine. Ich stehe auf der Seite der Arbeiterklasse, und finde ihre Unterstützung. Ich kämpfe Schulter an Schulter mit anderen Rotgardisten und habe deshalb die Unterstützung und den Schutz der Partei.**

RM: Bedeutet es nicht auch Schwierigkeiten und Opfer, wenn Du so lange untergetaucht bist?

Sascha: Ja, es ist schon sehr schwierig, wenn man lange Zeit von seiner gewohnten Umgebung, von der Familie und von Freunden weg sein muß, wenn man illegal arbeiten muß. Aber ich weiß, daß ich, solange das kapitalistische System herrscht, nicht der erste und nicht der letzte sein werde, der mit dieser Schwierigkeit fertig werden muß. Im Hitlerfaschismus mußten sich Tausende Antifaschisten, Juden verstecken, um am Leben zu bleiben. Ich weiß, daß es für mich, solange ich keinen deutschen Paß habe, keine andere Möglichkeit gibt als unterzutauchen, um den Schreibtischmord zu verhindern, um also nicht in das faschistische Persien ausgeliefert zu werden.

RM: Wie bist Du Kommunist geworden?

Sascha: Die üble Hetze der Springerzeitungen gegen alle fortschrittlichen Menschen hat mich schon immer empört. Deshalb ging ich 1968 auf die Antispringerdemonstrationen in München. Auf einer dieser Demonstrationen ging die Polizei in brutalster Weise vor. Sie hat Rüdiger Schreck, einen der Demonstranten, erschlagen. Mit einer Scheinwerferlampe. Ich bekam damals einen riesigen Haß. Dieser Mord und seine anschließende Verschleierung trug dann auch entscheidend dazu bei, daß mir die Augen über die verbrecherische Natur des kapitalistischen Systems geöffnet wurden. In der Zeit darauf habe ich mich an vielen Aktionen beteiligt und bin dabei zur Roten Garde gestoßen. In der RG bin ich durch die Partei zum Kommunisten erzogen worden.

RM: Wie sieht jetzt das konkrete Kampfziel für Deine Einbürgerung aus?

Sascha: Es muß erreicht werden, daß ich einen deutschen Paß, also die deutsche Staatsangehörigkeit bekomme. Der Kampf muß hauptsächlich durch eine weitere Verbreiterung der Solidarität geführt werden. Das ist die Grundlage dafür, daß juristische Schritte überhaupt eine Aussicht auf Erfolg haben. Wenn ich den deutschen Paß habe, werde ich selbstverständlich die Berufung meines Prozesses führen, werde ich auch der Gefängnisstrafe nicht ausweichen.

Wichtig finde ich dabei ist, daß der Kampf für meine Einbürgerung nicht isoliert vom Kampf gegen die Tausende von Fällen politischer Unterdrückung geführt wird. Was die Ausländerbehörden mit mir vorhaben, muß verhindert werden. Aber es ist auch sehr wichtig, daß die Partei anhand dieses Beispiels aufzeigt, wie unmenschlich und verrottet dieses System ist, wie die Faschisierung immer weiter vorangetrieben wird. **Ich bin sicher, daß auch am Beispiel meines Falles viele Kollegen erkennen – wie ich damals 1968 am Beispiel des Rüdiger Schreck – daß man diese Gesellschaft zerschlagen und eine neue sozialistische Gesellschaft aufbauen muß.** Ich bin auch sicher, daß viele, die sich durch ihre Unterschrift mit mir solidarisierten, weiter gehen werden und den Kampf gegen die politische Unterdrückung in der ROTEN HILFE führen werden, und daß einige von ihnen zu unserer Partei, der KPD/ML kommen werden.



Sascha zusammen mit Münchner Genossen bei einer Unterschriftensammlung

RM: Die Partei und die Rote Garde rufen jetzt wieder zu Roten Antikriegstagsdemonstrationen auf. Dabei werden wir auch den Kampf um Deine Einbürgerung wieder verstärken.

Sascha: Gerade jetzt, wo sich die aktuelle Kriegsgefahr, die vor allem von den beiden Supermächten ausgeht, wieder zugespitzt hat, sind die Aktionen am Roten Antikriegstag von besonderer Wichtigkeit. Die Jugend in Deutschland empfindet tiefen Abscheu gegen die imperialistischen Raubkriege. Dies hat sich für mich immer wieder bestätigt, wenn ich mit Kollegen und Freunden gesprochen habe. Auch in der Roten Garde habe ich immer wieder die Erfahrung gemacht, daß viele neue Genossen kamen, weil sie die ganze Niedertracht des Imperialismus an seinen schmutzigen Kriegen gesehen haben. Weil sie erkannt haben, daß man dieses System nur mit dem Gewehr in der Hand zerschlagen kann, unter Führung der kommunistischen Partei. Daß ich zusammen mit 5 000 anderen fortschrittlichen Menschen 1972 am Roten Antikriegstag demonstriert habe, will die Bourgeoisie jetzt zum Anlaß nehmen, mein faktisches Todesurteil zu sprechen. Doch der Kampf aller fortschrittlichen Menschen, auch an diesem Roten Antikriegstag, wird ihren Plan verhindern können.

Neumünster

Faschistischer Überfall auf Familie
Polizei erschiesst Schäferhund

Die Anwohner der Brachenfelderstraße in Neumünster werden eines Nachts durch Schüsse aufgeschreckt. Auf dem Grundstück Brachenfelderstraße 42 eröffnen mehrere Polizisten das Feuer auf die Familie B. und ihren Schäferhund "Max". Die Kugeln pfeifen durch die Gegend, "Max" wird von drei Polizeikugeln getroffen und erschossen. Was hat sich in dieser Nacht in der Brachenfelderstraße abgespielt ?

Vater und Sohn B. waren an diesem Abend ein Bier trinken gegangen. Als es in der Gaststätte zu einer Auseinandersetzung kam, holte die Wirtin die Polizei. Als diese schließlich kam, war schon alles wieder ruhig, die Familie B. saß an einem Tisch. Trotzdem umringten sechs Polizisten den Sohn mit gezogenem Gummiknüppel und warteten offensichtlich nur auf eine Gelegenheit, zuschlagen zu können. Die Familie verließ dann das Lokal, beim Hinausgehen drehte sich der Sohn noch einmal um und schlug eine Fensterscheibe der Gaststätte ein. Dabei verletzte er sich stark am Unterarm. Der Vater versuchte noch den Vorfall mit der Fensterscheibe zu klären, dann gingen sie nach Hause.

Wenig später erschienen vier Polizisten und gaben vor, sich nach der Verletzung des Sohnes erkundigen zu wollen. Es wurde ihnen gesagt, daß die Verletzung versorgt sei, sie sich darum nicht zu kümmern brauchten. Sie aber blieben. Ein Flugblatt der KPD/ML Ortsgruppe Neumünster berichtet, was dann geschah:

„In diesem Moment kamen Herr B. und sein Sohn, die bis dahin am Tisch gesessen hatten, an die Tür. Herr B. ging einige Schritte auf dem Weg, der von seinem Haus zur Straße führte, in Richtung Straße. Hinter ihm trottet sein Schäferhund, der im Haus frei herumläuft und der ihm auf's Wort gehorcht. Der Hund verhält sich vollkommen ruhig, weder bellt er noch fletscht er die Zähne. Da zieht ein Polizist seine Waffe und fängt ohne Vorwarnung wahllos an zu schießen. Herr B. hält seinen Hund an der Halskette fest. Die Kugeln fliegen ihm um die Ohren.

Nur durch Zufall bleiben er und sein Sohn, der im Hauseingang steht, unverletzt. Eine Kugel schlägt nur 15 cm vor seinen Füßen in den Boden, eine andere dringt in einer Höhe von 1,80 m in die Holztür des Nachbarhauses ein, eine weitere Kugel fliegt gegen die Hauswand. Weitere Kugeln bohren sich in den Rasen und den Weg vor dem Haus. Durch eine Kugel wird ein Polizeibeamter, der auf der gegenüberliegenden Straßenseite steht, getroffen. Er brüllt seinen Kollegen zu: "Ihr Idioten, einen Schäferhund könnt ihr nicht treffen, aber mich!" Insgesamt fallen ca. 20 Schüsse. Die Beamten feuern sich gegenseitig mit den Worten: "Schieß doch! Schieß doch!" und "Man, knall ihn doch endlich ab", an. Der Hund reißt sich in seiner Todesangst von der Halskette los, wird von drei Polizeikugeln getroffen, versucht über die Hecke des Grundstücks zu springen, ist aber schon zu schwach dazu, deshalb läuft er durch die Ausfahrt auf die Straße und schleppt sich bis zum Fürsthof, wo er später von Herrn B. und seinem Sohn gefunden wird. Inzwischen hat sich eine Menschenansammlung gebildet.Die Leute sind empört. Vater und Sohn laufen los, um den schwerverletzten Hund zu suchen. Nachdem sie ihn gefunden haben, werden sie von der Polizei auf der Straße festgenommen."

Wie Schwerverbrecher werden sie gefesselt und abgeführt, auf der Polizeiwache ohne ärztliche Hilfe gelassen, obwohl der Vater vor kurzem einen Herzkollaps hatte und deshalb Medikamente nehmen musste. Diesen unglaublich faschistischen Überfall auf die Familie B., die sadistische Manier, in der der Hund "Max" erschossen wurde, versuchte die Polizei hinterher in ihr Gegenteil umzukehren und als Notwehr gegen einen blutrünstigen Hund hinzustellen.

In diesem Vorfall zeigt sich die ganze Rücksichtslosigkeit und Brutalität einer Polizeimaschinerie, die dazu da ist, das Volk zu unterdrükken. Die Bourgeoisie braucht gerade eine solche Polizeiarmee, um ihre Herrschaft zu verteidigen.



Die Polizei wird gedrillt für skupellosen Einsatz ihrer Schußwaffen gegen das Volk!

Anzeigen gegen Genossen

Angriff auf das Recht des Angeklagten, sich zu verteidigen

In den letzten Wochen gingen gegen die Genossen Dieter Stoll und Gernot Schubert wegen ROTER MORGEN Nr. 25 und 26 Strafbefehle ein. Außerdem erhielt Genosse Stoll einen Strafbefehl wegen des Flugblatts zum Mord an Genossen Routhier, Genosse Schubert wegen des Extrablatts, das diesen Mord anprangert. Die Gesamthöhe der Strafbefehle beträgt DM 6 700,--. Außer diesen Strafbefehlen häufen sich die Anzeigen gegen die Redakteure und den Verleger des ROTEN MORGEN.

Vor kurzem hat die bürgerliche Klassenjustiz einen hinterhältigen Angriff von neuer Qualität gegen die Genossin Wagner und den Genossen Schubert gestartet. Staatsanwalt Moree, Dortmund, hat Anzeige erstattet wegen des offenen Briefes, den Genosse Schubert an einen Richter und einen Staatsanwalt schickte. Dies allein ist nicht weiter ungewöhnlich, wir haben es erwartet. Aber der Staatsanwalt ging diesmal so weit, uns sogar das Recht abzusprechen, über eine erhobene Anklage zu berichten.

Die gestellte Anzeige bezieht sich nämlich unter anderem auf diesen Satz:

„*Sie* (das Duisburger Gericht – RM) *werfen mir vor, daß im ROTEN MORGEN die Duisburger Polizei eines Mordanschlages beschuldigt wird und von Polizeiterror und Gestapomethoden die Rede ist.*" Mit dieser Anzeige hat Staatsanwalt Moree einen Angriff auf das Recht eines Angeklagten, sich zu verteidigen, abgezielt. Es klingt absurd: Ein Angeklagter darf nicht sagen, weshalb er angeklagt ist, sonst hat er bereits wieder mit einer neuen Anklage zu rechnen.

Aber warum gehen sie heute bereits wieder so weit, den Kommunisten das Recht auf Verteidigung abzusprechen? Sie gehen deshalb so weit, weil sie ganz genau wissen, daß ihre Anklagen ein Bumerang sind, der gegen sie selbst zurückschlägt. Sie wissen, daß die Prozesse, die sie gegen Kommunisten geführt haben, zu einer Anklage gegen den Kapitalismus und seine Handlanger in der Justiz gemacht worden sind. Sie wissen, daß alleine die Anklageschriften, die sie formulieren, dem Volk beweisen, daß die Justiz hier nicht im Namen des Volkes, sondern im Namen des Kapitals Recht spricht.

Und aus all diesen Gründen wollen sie uns heute bereits untersagen, daß wir ihre eigenen Worte veröffentlichen!

Ab sofort gilt als Spendenkonto der KPD/ML zur Unterstützung politisch Verfolgter das unten angegebene Konto. Wir bitten unsere Leser, ab sofort auf das Konto Karin Wagner, Dortmund, keine Beträge mehr einzuzahlen, da dieses Konto nicht mehr weitergeführt wird. Die neue Konto-Nr. lautet:

Vorstand der KPD/ML
Spendenkonto:
Sparkasse Dortmund
Kto Nr. 312 004 547

Thälmann-Gedenkstätte Hamburg

D'K'P-Revisionisten schänden Kränze

Mehr als 800 Freunde und Genossen der KPD/ML und der Roten Hilfe legten am 17. 8. 74 zu Ehren des Genossen Thälmann, der 30 Jahre zuvor von den Hitlerfaschisten ermordet worden war, Kränze an der Thälmann-Gedenkstätte in Hamburg nieder. Kaum war die Kundgebung, bei der Ernst Aust, der Vorsitzende der KPD/ML gesprochen hatte, beendet, stürzten rund 30 D„K"P-Revisionisten aus dem Haus, in dem sich diese Gedenkstätte befindet. Nachdem die Polizei bereits vorher die Ehrenwache der KPD/ML festgenommen hatte, schnitten sie jetzt die roten Schleifen von den Kränzen, auf denen in goldener Schrift geschrieben stand: „Vorwärts zur sozialistischen Revolution!" – „Ernst Thälmann lebt!" – Nicht angerührt wurden von ihnen dagegen die weißblauen Kränze des Hamburger SPD-Senats.

Wie können sie deutlicher zeigen als mit diesem hinterhältigen Überfall auf Kränze zu Ehren des Genossen Thälmann, daß sie tatsächlich, wie Genosse Ernst Aust vorher in seiner Rede an der Gedenkstätte gesagt hatte, das Erbe Ernst Thälmanns in den Schmutz treten, daß sie Verräter am Kommunismus und an den Interessen der Arbeiterklasse sind!

Am nächsten Tag, auf der Veranstaltung der KPD/ML zu Ehren Ernst Thälmanns in Hamburg, berichtete ein Genosse, wie diese Partei gegen Arbeiter vorgeht, die sich gegen ihren Verrat auflehnen. Dreieinhalb Jahre war der Genosse Mitglied der D„K"P gewesen. Er war ihr beigetreten, weil er für den Kommunismus kämpfen wollte. Mit der Zeit kamen ihm Bedenken. Er lernte eine Genossin der Partei kennen. Diskutierte mit ihr.

Kurz vor der Demonstration der Partei zu Ehren des Genossen Thälmann lauerten ihm drei D„K"P-Mitglieder auf dem Nachhauseweg auf und schlugen ihn brutal zusammen. Als er schließlich am Boden lag, rief einer: „Da liegt das KPD/ML-Schwein!"

Dieser brutale Überfall öffnete dem Genossen endgültig die Augen. Er sagte auf der Veranstaltung: „Nach drei Jahren sind mir jetzt die Augen endgültig geöffnet worden. Die D„K"P hat mit Sozialismus nichts zu tun. Die Partei für die Arbeiter ist die KPD/ML." Begeisterter Beifall der über 400 Besucher dieser Veranstaltung war die Antwort auf diese Worte. Die Partei hatte einen neuen Genossen gewonnen. Einer mehr, der mit uns im Geiste Ernst Thälmanns für die sozialistische Revolution und gegen den revisionistischen Verrat an seinem Erbe kämpfen wird.

Die Polizei,dein Freund und Helfer?

Es ist jetzt zwei Jahre her, daß in Bochum die zwölfjährige Sabine, Tochter eines Arbeiters, von einem Polizisten in Zivil totgefahren wurde. Vor ein paar Tagen geschah etwas, das den Eltern den Verlust ihres Kindes jäh wieder in Erinnerung brachte, die kaum verheilte Wunde wieder aufriß.

Es flatterte ein Brief des Polizeipräsidenten von Bochum ins Haus, in dem es hieß: "Herr Polizeihauptwachtmeister W. leistete anläßlich des Verkehrsunfalls Ihrer verstorbenen Tochter Erste Hilfe, Hierbei wurden Dienstkleidungsstücke beschädigt bzw. beschmutzt." Herr Polizeipräsident präsentierte die Rechnung: Reinigung der Polizeijacke 3,-DM; Wertminderung durch die Reinigung: 5,96 DM; Neues Oberhemd: 13,20 DM.

Frau Paul weinte, als sie diesen Brief las. Aber sie weinte nicht nur, sie war auch empört über diese Methoden der Polizei: Mit ihr empörten sich Tausende von Bochumern, was sich in zahlreichen zornigen Leserbriefen ausdrückte.



Die 12-jährige Sabine, von einem Polizisten totgefahren.

Die bürgerliche Presse tut ihr Möglichstes, diesen Vorfall, als zwar empörenden, aber bedauerlichen Einzelfall hinzustellen. Ist dieser Fall tatsächlich eine vereinzelte Herzlosigkeit? Bochums Polizeipräsident gibt die zynische Antwort: "Die Rechnung ist in Ordnung, dem Land ist ja ein Schaden entstanden."

Für die Herren zählt nicht der Tod eines Arbeiterkindes, zählen nicht die schlaflosen Nächte und die Tränen einer Mutter, die ihr Kind verloren hat. Für sie zählt, daß die Kasse stimmt, daß sie ihren Riesenetat für andere Dinge ausgeben können. Für die Ausbildung ihrer MEKs zum Beispiel, für ihre Aufrüstung gegen das Volk zum Schutz ihrer Dienstherren, der Kapitalisten. Sie werden systematisch dazu gedrillt, gefühllos und herzlos gegen das werktätige Volk zu sein - denn wie könnte man sie sonst dazu bringen, Arbeiter zusammenzuschlagen, auf sie zu schießen?

Die Polizei ist nicht Freund und Helfer des Volkes - eine Parole, die übrigens die Hitlerfaschisten erfunden haben -, sie ist Freund und Helfer des Kapitalismus gegen das Volk. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß in dem Bochumer Fall die Polizeigewerkschaft dadurch, daß sie schließlich die Rechnung bezahlte und sich für Graf Hardenberg, den Polizeipräsidenten, entschuldigte, diese Tatsache vor der empörten Bevölkerung zu verschleiern suchte.

Thälmann-Gedenkfeier in Westberlin

Nicht nur in Hamburg, auch in anderen Städten ehrte die Partei das Andenken Ernst Thälmanns. In Westberlin z. B. zogen am 18. August mehr als 100 Genossen und Freunde zur Gedenkstätte Plötzensee in Westberlin. An der Mauer zum Gedenken der Opfer der Hitlerdiktatur legten Genossen einen Kranz des Landesverbandes Westberlin nieder für den Genossen Ernst Thälmann. Nach einer Rede über den vorbildlichen Kampf Ernst Thälmanns zur sozialen und nationalen Befreiung der deutschen Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes, sang der Westberliner Agit-Prop-Trupp zu seinem Gedenken das Lied "Unsterbliche Opfer". Die Feier wurde beendet mit dem gemeinsamen Singen des Thälmann-Liedes. Die Besucher der Gedenkstätte folgten dieser Feier mit grossem Interesse.

Umweltschutz im Kapitalismus

Systematische Vernichtung von Boden, Wasser, Luft und Nahrung



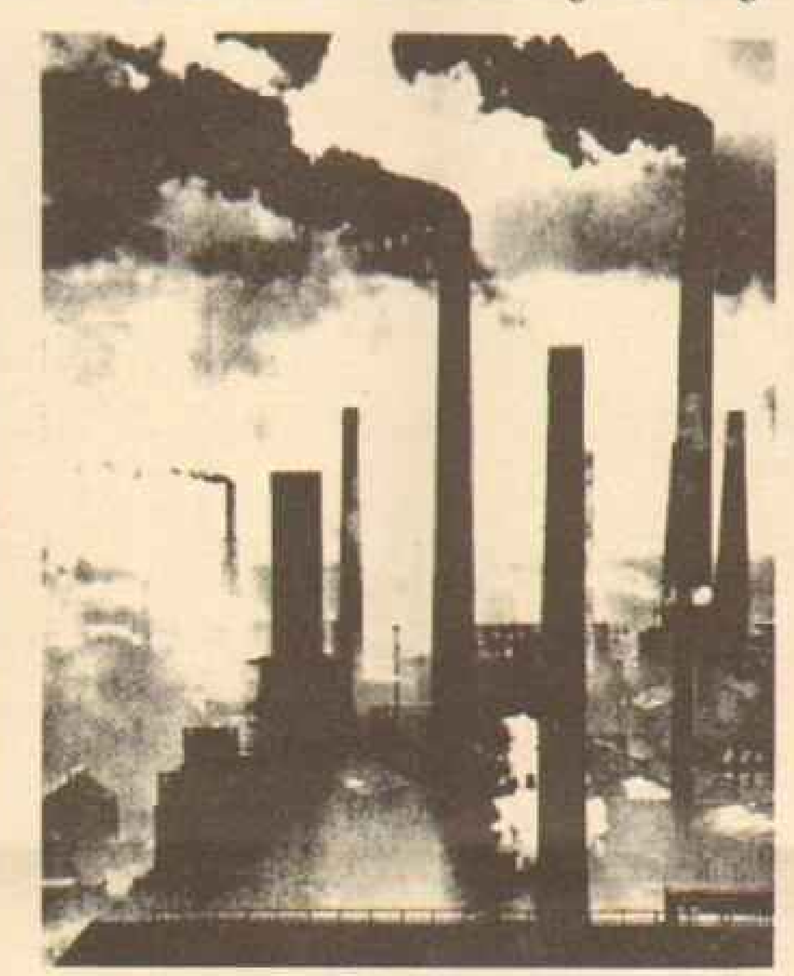
China: Hier führen die im chemischen Labor des Werks Beschäftigten Messungen über den Kohlendisulfidgehalt der Luft in der Werkhalle durch.

Müssen es denn immer gleich Riesensträuße sein, wenn man am Straßenrand Blumen pflückt? Kann man sich nicht auch mit einem kleinen Strauß begnügen anstatt zu plündern? Das wäre ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung der Umwelt! — So mahnte vor kurzem ein Fernsehfilm vor der „Zerstörung der Umwelt".

Aber an welchen Straßenrändern wachsen denn überhaupt noch Blumen? Die Fernsehaufforderung ist wirklich zynisch angesichts der Tatsache, daß in Hamburg zur gleichen Zeit 12 000 Gladiolen des Landwirtes Langeloh durch die Fluor-Giftgase des US-Aluminium-Konzerns Reynolds vernichtet worden sind.

Je lauter der Protest der Bevölkerung gegen die Zerstörung der Natur, die Vergiftung von Boden, Wasser, Luft und Nahrung wird, desto mehr rührt die Bourgeoisie die Propagandatrommel, um die entstehende Bewegung auf falsche Gleise zu rangieren: Städte führen Aktionen durch wie „Wer malt seine Mülltonne am schönsten an?" oder wie die Aktion „Saubere Straßen". Schulen mobilisieren ihre Schüler zur Säuberung der Wälder usw. All dies unter der Parole: „Bürger, schützt eure Umwelt!"

Tiersterben in Nordenham durch die Umweltverschmutzung



Die giftigen Abgase der Industrie bedrohen Mensch und Natur

Aber was sind einige Haufen Hausmüll gegen die systematische Vergiftung von Boden, Wasser, Luft und Nahrung, gegen die Vergiftung unseres Volkes? Kaum eine Woche vergeht, wo nicht neue Giftmüllskandale aufgedeckt werden: hochgiftige Chromrückstände, Bromverbindungen, Cyanide, die ausreichen, die gesamte Bevölkerung zu vergiften. Bleihaltige Abgase aus Fabrikschloten, die das Vieh der Umgegend grausam krepieren lassen, Schwefelabgase, die bei Regen als Schwefelsäure vom Himmel herunterregnen. Es gibt hunderte Beispiele, wie die Natur und die Gesundheit der Menschen ruiniert wird.

Sicher, auch wir mögen nicht in einem Wald spazieren, wo an den Wegrändern der Hausmüll verstreut liegt. Aber es ist freche Demagogie der bürgerlichen Propaganda, den „sauberen Wald", die „Blumen am Wegrand" als das wichtigste Problem des Umweltschutzes hinzustellen, während die Monopole Natur und Mensch mit ihrem Gift zerstören. Was nützt es denn, die Wälder heute vom Hausmüll zu reinigen, wenn sie morgen an den Abgasen wie denen der Aluminium-Hütte Reynolds in Hamburg zugrunde gehen?

Durch die Fluor-Abgase dieses US-Konzerns zum Beispiel sind nicht nur die 12 000 Gladiolen des Bauern Langeloh vernichtet worden, sondern das ganze „Alte Land" ist bedroht. Das „Alte Land" ist ein wichtiges Naherholungsgebiet für die Hamburger Werktätigen und darüberhinaus ein bedeutendes und grosses Obstanbaugebiet für den norddeutschen Raum mit einer langen Tradition. Genauso wie die Gladiolen färben sich auch die Blätter der Obstbäume bräunlich und werden von den Fluorabgasen des Aluminiumkonzerns regelrecht zerfressen. Die Bäume werden bereits in diesem Jahr erheblich weniger Früchte tragen — Früchte mit Narben und schwarzen Flecken vom Fluor gezeichnet. Für die Obstbauern bedeutet das große Verluste, für die Bevölkerung vergiftetes Obst.

Damit sich der Kampf der Bevölkerung für den Schutz der Natur nicht gegen diese Konzerne, gegen das Kapital richtet, hat die Bourgeoisie ihre Lüge von der „Kollektivschuld" aufgetischt, die Lüge, daß alle — ob Monopole oder Werktätige — gleichviel Dreck machen und die Werktätigen „erst einmal vor der eigenen Tür kehren" müßten. Und sie hat noch eine Lüge bereit, die in den letzten Wochen immer wieder durch die bürgerliche Presse geisterte: Die Arbeiter und anderen Werktätigen hätten zu wählen zwischen Umweltschutz und Arbeitslosigkeit. Der Hamburger Innensenator Kern argumentierte: Entweder die Aluminium-Hütte produziert, dann muß man das Fluor in Kauf nehmen — oder die Hütte macht dicht, dann gibt es keine Abgase, aber auch keine Arbeitsplätze.

Diese Drohung spekuliert offen mit der Furcht vieler Arbeiter vor der wachsenden Arbeitslosigkeit, um auf diese gemeine Weise den Kampf gegen die Vergiftung der Natur und der Werktätigen abzuwürgen. Tatsache aber ist, daß die Arbeiterklasse keinerlei Wahl hat: Die letzten Jahre haben gezeigt, daß die Arbeitslosenzahlen ständig gestiegen sind und auch die Vergiftung der Umwelt durch die Monopole stetig schlimmer geworden ist. Denn beides hat dieselbe Ursache: das Streben nach Maximalprofit, das die Monopole rücksichtslos durchführen und zu dem sie aufgrund der kapitalistischen Konkurrenz gezwungen sind, wenn sie nicht untergehen wollen. Dieser ständigen Jagd nach Erhöhung ihres Profits dient den Kapitalisten Rationalisierung und Entlassungen, verschärfte Ausbeutung, wie auch die Kosten für die Giftbeseitigung zu sparen.

Die Arbeiterklasse hat nicht die Wahl zwischen Arbeitslosigkeit oder Umweltschutz und sie will diese Wahl auch gar nicht. Alle Werktätigen haben vielmehr ein Recht auf gesicherte Arbeitsplätze, ein Recht auf eine saubere Umwelt und ein Recht auf die Erhaltung und Pflege ihrer Gesundheit. Doch der Kapitalismus ist nicht fähig, diese berechtigten Forderungen der Werktätigen zu erfüllen, weil seine Existenz bestimmt ist durch die Ausbeutung der werktätigen Massen und die Jagd einiger Monopole nach Maximalprofiten. Er zerstört vielmehr das Leben der Werktätigen und richtet sich gegen den Menschen.

Das ist der Grund dafür, daß das Trinkwasserreservoir rapide abnimmt, der Boden für die Landwirtschaft immer weniger brauchbar geworden ist und daß die angeblich so rätselhafte Krebskrankheit immer weiter ansteigt.

Wie anders ist das im sozialistischen China oder im sozialistischen Albanien, wo das kapitalistische System zerschlagen, die Kapitalistenklasse gestürzt und die Arbeiterklasse die Macht übernommen hat. Dort gibt es keine Ausbeutung der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen, sondern das Volk herrscht selbst und seine Lebensinteressen stehen im Mittelpunkt. So werden in China z. B. die gifthaltigen Abwässer und Rückstände nicht in den nächsten Fluß geleitet, sondern im Rahmen der Kampagne „Schädliches in Nützliches verwandeln", zu neuen Rohstoffen, zu Arzneimitteln usw. verarbeitet.

Die Vergiftung der Umwelt und der Menschen ist also kein notwendiger Tribut an die Zivilisation, sondern wie jedes andere Problem im Kapitalismus eine Klassenfrage. Das kann die Bourgeoisie auch mit ihren demagogischen Lügen nicht vertuschen. Die zunehmende Verrottung des Imperialismus, seine immer größer werdende Zerstörung und sinnlose Vernichtung von Rohstoffen und vor allem von Menschen wird die Fronten weiter verschärfen. **Die werktätigen Massen aber werden sich immer mehr zusammenschließen, um den Kampf zu führen; denn die Vergiftung der Luft, die Verseuchung des Wassers und des Bodens, die immer breiter und gefährlicher auftretenden Krankheiten bieten dem einfachen Arbeiter keinen anderen möglichen Ausweg, als mit seiner Klasse gegen die wirkliche Ursache der Vernichtung von Umwelt und Menschen zu kämpfen: das kapitalistische System.**

OB IN BELGIEN, ITALIEN, FRANKREICH, DEN NIEDERLANDEN ODER BEI UNS:

Überall sind die Bauern kampfbereit

Neunhundert Bauern aus dem Münsterland zogen am 22. August mit fast fünfhundert Traktoren an die Grenze zur Niederlande. Bei Bocholt blockierten sie fünf Grenzübergänge, indem sie mit ihren Traktoren bis dicht an die Schlagbäume heranfuhren und so den gesamten Verkehr für zwei Stunden lahmlegten. Die Bauern erklärten ausdrücklich, daß sich ihre Aktion nicht gegen ihre holländischen Kollegen richtet.

Die gemeinsame Kampffront der Bauern aus beiden Ländern ist in diesem Gebiet besonders stark. Vor einigen Wochen demonstrierten holländische und deutsche Bauern gemeinsam und sperrten ebenfalls einen Grenzübergang. Diese Tatsache zeigt, daß es der Bourgeoisie und den reaktionären Führern der Bauernverbände, immer weniger gelingt, ihren Kampf zu spalten. Die kleinen und mittleren Bauern in den Ländern der EG schließen sich immer enger zusammen.

Als im April der Führer des „Deutschen Bauernverbandes", Heeremann, in der Westfalenhalle in Dortmund wie



900 protestierende Bauern blockierten fünf Grenzübergänge nach Holland

wild gegen die Blockade des Brenners durch italienische Bauern hetzte, antworteten die kleinen und mittleren Bauern mit einem minutenlangen Beifallssturm für ihre italienischen Berufskollegen. Die Kraft und Solidarität der Bauern zeigt sich auch am Schicksal des deutschen Frachters „Peeter Rickmers".

Wo er auch versuchte, seine Ladung Schweinefleisch zu löschen, ob in Frankreich, Belgien oder Hamburg: Überall standen die Bauern bereit zum Kampf, die Löschung zu verhindern. Sie informierten sich gegenseitig über die Route des Frachters und halfen einander, den Kampf zu führen. Inzwischen haben auch die österreichischen Bauern erklärt, daß sie die Annahme des Schweinefleisches verhindern wollen.

Der Kampf der kleinen und mittleren Bauern in allen Ländern der EG hat eine gemeinsame Grundlage. Die Agrarkapitalisten und großen Monopole, die sich in der EG zusammengeschlossen haben, treiben Millionen von ihnen in den Ruin, verjagen sie von Hof und Land, holen das Letzte aus ihnen heraus.

Die kleinen und mittleren Bauern, die zu den ausgebeutetsten und unterdrücktesten Volksschichten gehören und die engsten Verbündeten der Arbeiterklasse sind, verstärken ihren Kampf und richten ihn zunehmend gegen die in der EG zusammengeschlossenen Monopole und deren Regierungen.

In Belgien haben Hunderte von Bauern die wichtigsten Zufahrtsstraßen nach Brüssel blockiert. In Hannover luden Bauern aus Peine 10 Fuhren Mist vor dem niedersächsischen Wirtschaftsministerium ab. Auf Stelltafeln, die in den Mist gesteckt waren, erklärten sie: „Hier stinkts auch ohne Mist!" und „Bitte sofort weiterleiten an Minister Ertl." Mit der Parole: „Hannover nur eine Zwischenstation auf dem Wege nach Bonn", dokumentierten sie ihre Absicht, den Kampf weiterzuführen.

15 000 ihrer Berufskollegen versammelten sich am Bahnhof in Villingen und blockierten die Bundesstraßen. In Osthessen sind die Bauern entschlossen, die Eisenbahn von Bebra nach Eisenach trotz der Drohungen aus Ertls Ministerium zu blockieren.

Diese Kampfaktionen der kleinen und mittleren Bauern zeigen, daß die Bauernbewegung in den Ländern der EG sich weiterentwickelt und verstärkt.

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD:
Buchladen ‚Roter Morgen', Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 14.00 Uhr.

BREMEN:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Mi: 16.00 – 19.00 Uhr.

DORTMUND:
Wellinghofer Str. 103. Tel: 0231/41 13 50. Öffnungszeiten: Mo – Fr 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

HAMBURG:
Buchladen ‚Roter Morgen', Stresemannstr. 110. Tel 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

HANNOVER:
Elisenstr. 20. Öffnungszeiten: Di und Do: 16.30 – 19.00 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

KIEL:
Buchladen ‚Roter Morgen', Reeperbahn 13. Tel: 0431/74 762. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

LÜBECK:
Buchladen ‚Roter Morgen', Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo – Fr 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MANNHEIM
Lortzingstr. 5, Öffnungszeiten: Di, 16.00 – 18.30 Uhr, Do, 16.00 – 18.30 Uhr, Sa, 9.00 – 13.00 Uhr, Tel.: 0621/37 67 44

MÜNCHEN:
Buchladen ‚Roter Morgen', 8 München 3, Thalkirchner Str. 19, Tel: 089/77 51 79. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

STUTTGART:
Buchladen ‚Roter Morgen', Haußmannstr. 107. Tel: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

WESTBERLIN:
Buchladen ‚Roter Morgen', 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel: 462 60 18. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14. 00 Uhr.

Parteiveranstaltungen

Veranstaltungen und Demonstrationen zum ROTEN ANTIKRIEGSTAG 1974:

KIEL:
Demonstration 31. 8., Abmarsch 9.30 Uhr, Ebert-Platz.
Veranstaltung 17 Uhr in der Ostseehallengaststätte.

WESTBERLIN:
Demonstration 1. 9., Abmarsch 10.30 Uhr, Karl-Marx-Platz.
Veranstaltung: 31. 8. in der „Neuen Welt", Hasenheide.

DARMSTADT:
1. 9., Veranstaltung zum Roten Antikriegstag, Gaststätte „Gebhart", Barkhausstr.

MÜNCHEN:
31. 9., 11 Uhr, Abmarsch der Demonstration am Sendlinger Torplatz.
Veranstaltung: 15 Uhr, Gaststätte „Thomasbräu", Kapuzinerplatz.